

Variationen der deutschen Sprache (Austriazismen, Helvetismen und Teutonismen) in politischen Texten

Škrobo, Ana

Undergraduate thesis / Završni rad

2021

Degree Grantor / Ustanova koja je dodijelila akademski / stručni stupanj: **Josip Juraj Strossmayer University of Osijek, Faculty of Humanities and Social Sciences / Sveučilište Josipa Jurja Strossmayera u Osijeku, Filozofski fakultet**

Permanent link / Trajna poveznica: <https://urn.nsk.hr/urn:nbn:hr:142:580855>

Rights / Prava: [In copyright](#)/[Zaštićeno autorskim pravom.](#)

Download date / Datum preuzimanja: **2024-08-08**



Repository / Repozitorij:

[FFOS-repository - Repository of the Faculty of Humanities and Social Sciences Osijek](#)



Sveučilište J.J. Strossmayera u Osijeku
Filozofski fakultet Osijek
Dvopredmetni preddiplomski studij njemačkog jezika i književnosti

Ana Škrobo

**Varijacije njemačkog jezika (austrijacizmi, helvetizmi i teutonizmi)
u političkim tekstovima**

Završni rad

izv. prof. dr. sc. Ivana Jozić

Osijek, 2021.

Sveučilište J.J. Strossmayera u Osijeku
Filozofski fakultet Osijek
Odsjek za njemački jezik i književnost
Dvopredmetni preddiplomski studij njemačkog jezika i književnosti

Ana Škrobo

**Varijacije njemačkog jezika (austrijacizmi, helvetizmi i teutonizmi)
u političkim tekstovima**

Završni rad

Humanističke znanosti, filologija, germanistika

izv. prof. dr. sc. Ivana Jozić

Osijek, 2021

J.-J.-Strossmayer-Universität in Osijek
Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften Osijek
Vordiplomstudium der deutschen Sprache und Literatur
(Zwei-Fach-Studium)

Ana Škrobo

**Variationen der deutschen Sprache (Austriazismen, Helvetismen
und Teutonismen) in politischen Texten**

Abschlussarbeit

Ao. Prof. Dr. Ivana Jozić

Osijek, 2021

J.-J.-Strossmayer-Universität in Osijek
Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften Osijek
Abteilung für deutsche Sprache und Literatur
Vordiplomstudium der deutschen Sprache und Literatur
(Zwei-Fach-Studium)

Ana Škrobo

**Variationen der deutschen Sprache (Austriazismen, Helvetismen
und Teutonismen) in politischen Texten**

Abschlussarbeit

Geisteswissenschaften, Philologie, Germanistik

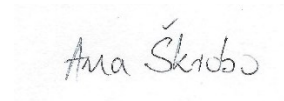
Ao. Prof. Dr. Ivana Jozić

Osijek, 2021

IZJAVA - Vorlage

Izjavljujem s punom materijalnom i moralnom odgovornošću da sam ovaj rad samostalno napravio/la te da u njemu nema kopiranih ili prepisanih dijelova teksta tuđih radova, a da nisu označeni kao citati s napisanim izvorom odakle su preneseni. Svojim vlastoručnim potpisom potvrđujem da sam suglasan/na da Filozofski fakultet Osijek trajno pohrani i javno objavi ovaj moj rad u internetskoj bazi završnih i diplomskih radova knjižnice Filozofskog fakulteta Osijek, knjižnice Sveučilišta Josipa Jurja Strossmayera u Osijeku i Nacionalne i sveučilišne knjižnice u Zagrebu.

U Osijeku, 27.08.2021.



Ana Škrobo, 0122229699

Zusammenfassung und Schlüsselwörter in deutscher Sprache

In dieser Abschlussarbeit werden Austriazismen, Helvetismen und Teutonismen näher beschrieben. Der erste Teil der Arbeit besteht aus einer Einführung, die den Aufbau der Arbeit erklärt. Danach bietet das zweite Kapitel eine Erklärung einiger wichtigen Begriffe, die mit Austriazismen, Helvetismen und Teutonismen verbunden werden. Dann kommt die Erklärung und Begriffsbestimmung der Austriazismen, Helvetismen und Teutonismen. Der zweite Teil der Arbeit besteht aus einer Analyse von Zeitungsartikeln aus dem Bereich Politik. Das Ziel dieser Analyse ist es zu sehen, ob und wie oft Austriazismen, Helvetismen und Teutonismen in Zeitungsartikeln vorkommen und dementsprechend die Ergebnisse der Analyse interpretieren.

Schlüsselwörter

Austriazismus, Helvetismus, Teutonismus, Standardsprache, Sprachvarietät

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	8
2. Theoretischer Teil.....	9
2.1 Begriffserklärung.....	9
2.1.1 Standardsprache, Sprachvarietät, Mundart und Dialekt	9
2.1.2 Deutsch als plurizentrische Sprache.....	10
2.1.3 Typologie der nationalen Varianten.....	10
2.2 Austriazismen	13
2.3 Helvetismen.....	14
2.4 Teutonismen.....	15
3. Analyse	17
3.1 Journalistische Textsorten.....	17
3.1.1 Meldung	17
3.1.2 Bericht	18
3.1.3 Reportage	18
3.1.4 Interview.....	18
3.1.5 Kommentar.....	18
3.2 Erstellung des Korpus	19
3.3 Korpusanalyse	19
4. Schlusswort	20
5. Literaturverzeichnis.....	21
6. Anhang.....	23

1. Einleitung

Das Ziel dieser Abschlussarbeit ist die Untersuchung der unterschiedlichen Varianten der deutschen Sprache an Beispielen aus Zeitungsartikeln, die sich mit politischer Thematik beschäftigen.

Der erste Teil der Arbeit ist der theoretische Teil. In diesem Teil werden verschiedene grundlegenden Begriffe erklärt und Fragen beantwortet. Einige Fragen, die beantwortet werden, sind: Was ist Standardsprache und was Standardvarietät und worin unterscheiden sie sich? Was ist der Unterschied zwischen Mundart und Dialekt? Ist Deutsch eine plurizentrische Sprache und warum? In diesem Teil werden auch Austriazismen, Helvetismen und Teutonismen näher definiert und erklärt.

Im zweiten Teil der Arbeit wird das Korpus, das für diese Arbeit gesammelt wurde, vorgestellt und untersucht. Mit diesem Korpus möchte man feststellen, ob und wie viele Unterschiede es in den Zeitungsartikeln Deutschlands, Österreichs und der Schweiz gibt. Die Hypothese dieser Arbeit ist es, dass es fast keine Unterschiede gibt, weil es um schriftliche, formale Standardsprache in diesen Texten handelt.

Am Ende werden die wichtigsten Informationen noch kurz zusammengefasst in der Form eines Fazits.

2. Theoretischer Teil

Im theoretischen Teil dieser Arbeit werden Hauptbegriffe, die für diese Arbeit relevant sind, erklärt. Erklärt wird auch, wieso man die deutsche Sprache als eine plurizentrische Sprache betrachten kann. Danach wird Ulrich Ammons Typologie der nationalen Varianten näher erklärt. Nachdem folgen die Erklärungen für Austriazismen, Helvetismen und Teutonismen und noch einige Eigenschaften.

2.1 Begriffserklärung

Im vorigen Abschnitt wurde erklärt, was dieses Kapitel behandelt.

2.1.1 Standardsprache, Sprachvarietät, Mundart und Dialekt

Verschiedene Termini, die in der Linguistik benutzt werden, können unklar oder nicht genügend verständlich sein, denn sie haben unterschiedliche Bedeutungen. Einige grundlegende Termini, die in der Sprachwissenschaft benutzt werden, haben noch immer keine genau bestimmte Definition (vgl. Kellermeier-Rehbein 2013: 3). Begriffe *Standardsprache* und *Standardvarietät* sind solche, für die man schwer behaupten kann, dass sie Synonyme seien (vgl. Ammon 1986: 1). Ammon schränkt die Definition der Standardsprache „auf die Bezeichnung einer gesamten Sprache, also einer Menge von Varietäten, die mindestens eine Standardvarietät enthält“ ein (ebd.: 19). Laut einer weiteren Definition wäre mit der Standardsprache „[...] die in der Öffentlichkeit gebrauchte, normgebundene und überregional geltende Erscheinungsform einer Sprache bezeichnet. Die Standardsprache ist in Wörterbüchern und Grammatiken dokumentiert und geregelt“ (Ebner 2008: 7). Wenn es besprochen wird, was *Standardsprache* und *Standardvarietät* sind, und ob sie Synonyme sind, kann man dann die Frage stellen, was die *Standardvarietät* eigentlich ist. Mit *Standardvarietät* (oder auch *nationaler Varietät*) „[...] ist eine Form des Deutschen gemeint, welche sich von anderen, ebenfalls standardsprachlichen, nationalen Varietäten der entsprechenden Sprache und vom Gemeindeutschen abgrenzt sowie in je eigenen Wörterbüchern kodifiziert ist“ (Wicki 2012: 39). So existieren für die deutsche Sprache eine bundesdeutsche, eine österreichische und eine schweizerische Standardvarietät mit ihren eigenen Spezifika (vgl. de Cillia 2005: 51). Im Wortschatz und der Aussprache sind die meisten Unterschiede zu finden, die Grammatik hat wenige Unterschiede und ist nah an die Standardvarietät verbunden (vgl. Ammon et al. 2004: XXXII). Man sollte nicht glauben, dass Sprachvarietäten eine falsche oder fehlerhafte Art einer Sprache im Gegensatz zu der Standardvarietät sind. Sie sind gleichberechtigt (ebd.: XXXII). Es ist auch zu erwähnen, dass eine Standardvarietät Normen hat (vgl. Kellermeier-Rehbein 2013: 3). Eine Norm ist eine:

(rechtlich) anerkannte, allgemeingültige und meist schriftlich fixierte Regel zur Handhabung eines Sachverhaltes. Aus linguistischer Perspektive entspricht die Norm der Menge aller sprachlichen Einheiten und Regeln, die schriftlich im Kodex (Wörterbücher und Grammatiken) einer Sprache oder Varietät festgelegt sind. (ebd.: 5)

Auch mit den Termini Standardsprache und Standardvarietät eng verbunden ist der Terminus *Mundart*. Eine Mundart ist „die typische Sprachform eines kleinen Gebietes, [...] während mit ‚Dialekt‘ eine Gruppe von Mundarten gemeint sein kann [...]“ (Barbour und Stevenson 1998: 60). Auch wie die Begriffe Standardsprache und Standardvarietät werden Mundart und Dialekt oft in gewissen Situationen als Synonyme behandelt (ebd.: 60). Ammon (1986) erklärt, dass Dialekte regional begrenzte nicht standardisierte Varietäten (vgl. Ammon 1986: 23).

2.1.2 Deutsch als plurizentrische Sprache

Eine plurizentrische Sprache wird im Variantenwörterbuch des Deutschen (VWB) (2004) wie folgt definiert:

Von einer plurizentrischen Sprache spricht man dann, wenn diese in mehr als einem Land als nationale oder regionale Amtssprache in Gebrauch ist und wenn sich dadurch standardsprachliche Unterschiede herausgebildet haben. [...] Die deutsche Sprache wird zwar in einer ganzen Reihe von Ländern und kleineren oder größeren Teilen der Bevölkerung gesprochen, Amtssprache ist sie aber nur in [...] Deutschland, Österreich, Liechtenstein [...], [der] Schweiz [...], Luxemburg [...], Ostbelgien [...] und Südtirol in Norditalien. (Ammon et al. 2004: XXXIII)

Deutsch als Sprache besteht aus mehreren Standardvarietäten, die weiter aus Dialekten und Mundarten bestehen. Deswegen kann man sagen, dass Deutsch eine plurizentrische Sprache ist. Diese Plurizentrik der deutschen Sprache war auch die Basis für die Entwicklung des VWB gewesen. Im VWB wird auch betont, dass Standardvarietäten bislang noch nicht genug systematisch in der Linguistik untersucht worden sind. Die Wörterbücher der verschiedenen Varietäten sind noch nicht vollständig und das VWB will diese Lücken schließen (ebd.: XXXI). Deutsch als plurizentrische Sprache hat seine Vollzentren und Teilzentren. „Von einem Vollzentrum spricht man dann, wenn die standardsprachlichen Besonderheiten in eigenen Nachschlagwerken, vor allem Wörterbüchern, festgehalten und autorisiert sind“ (ebd.: XXXI). Für Deutsch sind das Deutschland, Österreich und die Schweiz. Wenn diese Nachschlagwerke für eine sprachliche Besonderheit fehlen, spricht man von Teilzentren. Für Deutsch wären das Liechtenstein, Luxemburg, Ostbelgien und Südtirol (ebd.: XXXI). Zwischen den unterschiedlichen Varietäten plurizentrischer Sprachen gibt es meistens eine Hierarchie - Clyne spricht von D(ominanten)-Nationen und A(nderen) Nationalvarietäten (D(ominant) and (O)ther varieties) (vgl. Clyne 1992, 3; 2005, 297). Im Falle der deutschen Sprache ist Deutschland die dominante Nation.

2.1.3 Typologie der nationalen Varianten

In seinem Artikel „Typologie der nationalen Varianten des Deutschen zum Zweck systematischer und erklärungsbezogener Beschreibung nationaler Varietäten“ (Ammon 1996) erklärt Ammon

seine Typologie der nationalen Varianten. Er erwähnt, dass diese Typologie der deutschen Sprache angepasst ist, aber sie sollte auch für andere Sprachen funktionieren, mit Änderungen falls nötig (Ammon 1996: 161). In diesem Artikel nennt Ammon sieben verschiedene Kategorien, denen verschiedene Varianten der deutschen Sprache gehören. Diese Kategorien, die er nennt, sind:

(I) „[...] solche nationalen Varianten, die in der gesamten Region des nationalen Zentrums, und andererseits solche, die nur in einem Teil davon gelten.“ (ebd.: 161) Oder auch terminologisch besser gesagt: (I) nationale Varianten (1) „einer Teilregion“ im Gegensatz zu solchen (2) „der Gesamtregion“ des jeweiligen Zentrums. (ebd.: 161f) Dieser Kategorie gehören Beispiele: (I. 1) ein Begriff, der nur in Ostösterreich benutzt wird: *stangeln* (ein Boot mit einer Stange bewegen) (dt. *stochern*, schweiz. *Stacheln*). Andererseits wird der Begriff *Abitur* in ganz Österreich verwendet (I. 2) (ebd.: 161).

(II) „[...] solche nationalen Varianten, die lediglich in einem einzigen nationalen Zentrum gelten, und solche, deren Geltungsbereich sich auf mehr als ein nationales Zentrum erstreckt“ (ebd.: 162). Terminologisch kann man zwischen (II) (1) „spezifischen“ und (2) „unspezifischen“ nationalen Varianten“ unterscheiden (ebd.: 162). Hier könnten auch die Begriffe „im engeren“ und „im weiteren“ Sinn benutzt werden (ebd.: 162). *Aprikose* wäre ein Beispiel einer unspezifischen Variante Deutschlands, sowie auch der Schweiz. Die österreichische Variante *Marille* wäre dann eine spezifische Variante (ebd.: 162f).

Der Typ (II.2) (die unspezifische Variante) kann auch weiter unterteilt werden nach Geltung in der Gesamtregion oder Geltung nur in einer Teilregion des Zentrums, und auch in Bezug auf das andere Zentrum. Diese Unterteilung ergibt diese Subtypen unspezifischer nationale Varianten. Geltung in:

- (a) Gesamtregion des eigenen Zentrums + Gesamtregion eines anderen Zentrums,
- (b) Gesamtregion des eigenen Zentrums + Teilregion eines anderen Zentrums,
- (c) Teilregion des eigenen Zentrums + Gesamtregion eines anderen Zentrums,
- (d) Teilregion des eigenen Zentrums + Teilregion eines anderen Zentrums (ebd.: 163).

Die bedeutsamsten Subtypen dieser Unterteilung für die deutsche Sprache sind Subtypen (a) und (b). Subtypen (c) und (d) erscheinen in der deutschen Sprache nicht oft (ebd.: 163).

(III) (1) sehr „unspezifischen“ nationalen Variante im Gegensatz zu einer (2) „(einfach) unspezifischen“ nationalen Variante (ebd.: 165). Dabei gilt „(III.1) = (II.2.c) \cup (II.2.d) sowie (III.2) = (II.2.a) \cup (II.2.b)“ (ebd.: 165).

(IV) „[...] diejenigen nationalen Varianten, die innerhalb des eigenen Zentrums in Variation stehen mit einer auch in einem anderen Zentrum geltenden oder einer gemeindeutschen Variante, unterscheiden von solchen, bei denen dies nicht der Fall ist, die also innerhalb ihres Zentrums in dieser Hinsicht invariant sind.“ (ebd.: 168f) Oder auch terminologisch besser gesagt: (1) „(in der

Rede) austauschbare" und (2) „nicht austauschbare" nationale Varianten (ebd.: 168). Ein Beispiel für eine austauschbare Variante wäre das österreichische Wort *Paradeiser*, dessen gemeindeutsche Variante das Wort *Tomate* ist. Dagegen ist ein Beispiel für einen nichtaustauschbaren Austriazismus das Wort *Sprudler*, weil die Entsprechung *Quirl* in Österreich nicht benutzt wird (ebd.: 168).

(V) „[...] nationale Varianten, die ihren dementsprechenden Status unabhängig von der Verwendungssituation haben, und solchen, die sich nur situationsabhängig als nationale Varianten definieren lassen“ (ebd.: 168). Terminologisch kann man zwischen (1) „situationsunabhängigen“ (vielleicht auch „absoluten“) und (2) „situationsabhängigen“ (oder „stilistischen“) nationalen Varianten unterscheiden. (ebd.: 168). Ein Beispiel für situationsunabhängige Varianten ist das Wort *Sonnabend*, das in jeder Verwendungssituation Teutonismus ist. Dagegen steht die stimmhafte Aussprache [z] des geschriebenen <s> im Silbenanlaut vor Vokal. Sie ist nur dann ein Teutonismus, wenn sie nicht in künstlerisch Präsentation (Kunstgesang, klassisches Drama, Lyrikrezitation) auftritt. Für die künstlerische Darbietung ist sie nämlich gemeindeutsch (sie erscheint im ganzen deutschen Sprachgebiet) (ebd.: 169).

(VI) nationale Varianten (1) „des kodifizierten Standards“ und (2) „des Gebrauchsstandards“ oder auch „nicht kodifizierte“ nationale Varianten (ebd.: 169). Nationale Varianten sind in der Regel Standardvarianten und mit der Einbeziehung des Gebrauchsstandards kommt es zum Problem der Abgrenzung zwischen Standard und Nonstandard (aber das wird in dieser Arbeit nicht weiter besprochen). Andererseits „Bei den Varianten des Gebrauchsstandards handelt es sich hauptsächlich um den von den Modellsprechern und Modellschreibern gesetzten Standard, den zum Teil auch die Sprachexperten oder Sprachnormautoritäten (ebd.: 169). „Ein Beispiel typisch deutschen Gebrauchsstandards und mithin von Teutonismen ist die frikative Aussprache von auslautendem, geschriebenem (g) als [ç] auch in anderen Positionen als in unbetonter Silbe nach kurzem [i], z. B. in Wörtern wie Krieg, weg, Teig usw.“ (ebd.: 169).

(VII) „[...] nationale Variante [, die] nur in demjenigen nationalen Zentrum bekannt ist, in dem sie gilt, oder ob sie darüber hinaus auch in den anderen Zentren der betreffenden Sprache bekannt ist, in denen sie nicht gilt“ (ebd.: 179) Oder terminologisch besser gesagt: nationale Varianten (1) „nur nach Geltung“ (nicht nach Bekanntheit) und (2) „nach Geltung und Bekanntheit“ (ebd.: 170). Ein Beispiel für eine nationale Variante nur nach Geltung wäre das Wort *Sahne* (es ist ein Teutonismus, aber es ist auch in der Schweiz und Österreich bekannt und erscheint auch in österreichischen und schweizerischen Wörterbüchern).

Für die andere Variante, nach Geltung und Bekanntheit, wäre das norddeutsche Wort *Feudel* (Putzlapfen), denn es ist in Österreich und der Schweiz praktisch unbekannt (ebd.: 170).

Am Ende des Artikels weist Ammon auf zwei Abgrenzungsfragen nationaler Varianten hin:

1. „Benennungen nationaler Sachspezifika sollten nicht als nationale Sprachvarianten bewertet werden“ (ebd.: 171). Ein Beispiel dafür wäre das Wort *Powidltascherl* (mit Pflaumenmus gefüllte Kartoffelteigtasche). Es ist kein Austriazismus, denn es existiert kein deutscher oder schweizerischer Name für diese Speise. Dieser Name wird dann auch benutzt, falls die Speise in Deutschland oder in der Schweiz angeboten wird. (ebd.: 171).

2. „Sprachformen, die zwar unverkennbar aus einem der nationalen Zentren der deutschen Sprache stammen, aber inzwischen im ganzen deutschen Sprachgebiet gelten, sind ebenfalls keine nationalen Varianten“ (ebd.: 172). Ein Beispiel dafür wären Wörter wie *Apfelstrudel* oder *Vanillekipferl*, aber sie werden in dem ganzen deutschen Sprachgebiet benutzt und haben standardsprachliche Geltung (ebd.: 172).

2.2 Austriazismen

Austriazismen sind österreichische Spezifika, also der Begriff „[...] bezeichnet die typische Variante in Österreich, in Abgrenzung zur Bundesdeutschen Standardsprache“ (Englert 2021: 132). In seinem Buch „Die deutsche Sprache in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Das Problem der nationalen Varietäten“ (1995) gibt Ammon eine ziemlich lange und umfangreiche Definition eines Austriazismus. Nach Ammon muss ein Austriazismus diese Bedingungen ausfüllen:

(1) Die Sprachform erscheint in der neuesten Auflage des *Österreichischen Wörterbuchs* (1990), und sie ist dort:

(a) weder als Nonstandard markiert noch (b) als fremdnational (einer anderen als der nationalen Varietät Österreichs zugehörig). Außerdem darf sie (c) nicht unmarkiert als Lemma vorkommen in *Duden. Das große Wörterbuch der deutschen Sprache* (1976-1981) oder als Bestandteil der „reinen Hochlautung“ im *Siebs* (1969) oder als Bestandteil der „Standardlautung“ im Aussprache-Duden (1990).

(d) Eine Sondergruppe bilden diejenigen Sprachformen, die Bedingungen (a) bis (c) erfüllen und darüber hinaus in Sprachkodex der deutschsprachigen Schweiz als Besonderheit des Schweizerhochdeutschen ausweisen sind. (Ammon 1995: 143)

(2) Die Sprachform erscheint im Rechtschreib-Duden (1991) (oder im Falle eines Phraseologismus in *Duden. Redewendungen* (1992)) und ist markiert als „österr.“ (österreichisch). Sie ist aber nicht zugleich in Bezug auf Österreich als Nonstandard markiert (ebd.: 144).

(3) Die Sprachform erscheint in Ebner (1980) und ist dort als Nonstandard markiert (ebd.: 145).

(4) Die Sprachform befindet sich im *Siebs* (1969), entweder im Textteil (S. 1-160) als „österreichischer“ Bestandteil der „gemäßigten Hochlautung“ oder im Wörterbuchteil (S. 163-494) markiert als „ö“ oder „Ö“, was sie ebenfalls der „gemäßigten Hochlautung“ zuweist (ebd.: 145).

(5) Die Sprachform kann man aus einer anderen Quelle als den unter (1) bis (4) genannten als Austriazismen identifizieren (ebd.: 145).

Andere Unterschiede zwischen dem österreichischen und deutschen Deutsch sind die Phonetik und Grammatik. In Österreich gibt es „die Tendenz Vokale länger zu betonen als in Deutschland. Vom Verständnis wird es kein Problem geben, doch rein vom Klang her hört sich die kurze Betonung für österreichische Ohren „falsch“ an“ (vgl. Englert 2021: 137). Für die Bildung des Diminutivs werden in Österreich (sowie auch in manchen Teilen von Deutschland) die Silben „-chen“, „-erl“, oder nur die Kurzform „-l“ benutzt (*Tascherl, Kastls*, usw.) (ebd.: 138). Das Genus der Substantive ist bei manchen Wörtern anders als das Genus, das in Deutschland benutzt wird (Österreich: *das Monat*; Deutschland: *der Monat*) (ebd.: 139). Ein grammatischer Unterschied kommt bei der Perfektbildung vor. Bei manchen Verben (wie *liegen* oder *stehen*) wird das Hilfsverb *sein* anstatt *haben* benutzt (ebd.: 139).

2.3 Helvetismen

Wie Austriazismen als die österreichische Variante des Deutschen definiert sein können, können Helvetismen als für die Schweiz typische Variante der deutschen Sprache definiert werden. In seinem Buch „Die deutsche Sprache in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Das Problem der nationalen Varietäten“ (1995) gibt Ammon eine ziemlich lange und umfangreiche Definition eines Helvetismus. Nach Ammon muss ein Helvetismus diese Bedingungen ausfüllen:

(1) Die Sprachform befindet sich im Rechtschreib-Duden (1991) und ist dort mit dem Merkmal „schweiz.“ gekennzeichnet. Die betreffende Sprachform darf aber nicht zugleich in Bezug auf die Schweiz als Nonstandard markiert sein (Ammon 1995: 251).

(2) Die Sprachform erscheint in Bigler u.a. (1987) oder im Schweizer *Schülerduden 1* oder *2* (1980; 1976), und sie ist dort:

(a) weder als Nonstandard noch (b) als fremdnational (einer anderen als der nationalen Varietät der Schweiz zugehörig) markiert. (c) Sie darf jedoch nicht zudem als national unmarkiertes oder standardsprachliches Lemma vorkommen in *Duden. Das große Wörterbuch der deutschen Sprache* (1976-81) oder als Bestandteil der „reinen Hochlautung“ im *Siebs* (1969) oder als Bestandteil der „Standardlautung“ im *Aussprache-Duden* (1990).

(d) Eine Sondergruppe bilden diejenigen Sprachformen, die Bedingungen (a) bis (c) erfüllen und darüber hinaus im *Österreichischen Wörterbuch* (1990) sowohl als standardsprachlich als auch national und regional unmarkiert auftreten. (ebd.: 251f)

(3) Die Sprachform befindet sich in Meyer (1989) (oder im Falle eines Phraseologismus in *Duden. Redewendungen* (1992)) als „schweiz.“ (schweizerisch) markiert oder als „schweiz.“ Dabei darf die Sprachform wiederum nicht in Bezug auf die Schweiz als Nonstandard markiert sein (ebd.: 252).

(4) Die Sprachform erscheint in Boesch (1957a), Burri u.a. (1993) oder Hofmüller-Schenck (1995) als schweizerische Besonderheit, oder sie erscheint im *Siebs* (1969), entweder im Textteil (S. 1-160) als ‚schweizerisch‘ Bestandteil der „gemäßigten Hochlautung“ oder im Wörterbuchteil (S. 163-494) mit der Markierung „schwz“. Die Form darf aber nicht unmarkiert im Aussprache-Duden (1990) auftreten, womit sie als gemeindeutsch ausgewiesen wäre (ebd.: 252f).

(5) Die Sprachform kann man aus einer anderen Quelle als den unter (1) bis (4) genannten als Austriazismen identifizieren (ebd.: 253).

Die Schweiz als Land hat noch ein Spezifikum, dass in Österreich und Deutschland nicht existiert. Die Schweiz ist ein Land mit vier Landessprachen, mit Deutsch als der meistgesprochenen (63,7%) (vgl. Ammon et al. 2004: 38). Außerdem existiert in der Schweiz was in der Sprachwissenschaft als Diglossie bezeichnet wird. „*Diglossia* is a particular kind of language standardization where two distinct varieties of a language exist side by side *throughout* the speech community [...], and where each of the two varieties is assigned a definite social function” (Trudgill 2000: 95). Im Falle der Schweiz Schweizerhochdeutsch und die Mundart. Der Unterschied zwischen diesen zwei Arten der Sprache ist allen Sprechern bekannt (ebd.: 96) und sie haben spezialisierte Rollen, wenn man sie benutzen sollte. Schweizerhochdeutsch wird „in sermons, formal letters, political speeches, university lectures, news broadcasts, newspaper editorials, and ‘high’ poetry [...] in parliament, in courts, churches, in university lectures and the higher forms of schools, and in interaction with Germans, Austrians, and non-native German speakers” (ebd.: 97f) benutzt und Mundarten “in conversation with family and friends, radio serials, political and academic discussions, political cartoons, and ‘folk’ literature” sowie Radio und Fernsehen (ebd.: 97). Schweizerhochdeutsch hat keine Muttersprachler, man muss es in der Schule lernen und deswegen sind die Situationen, wenn man es benutzen sollte, die für die man sich für das Sprechen vorbereiten kann oder nur schreiben muss (ebd.: 96). Man muss die Situationen, in denen man eine der zwei Arten benutzt nicht verwechseln, denn diese Person wird dann als künstlich, pedantisch, snobistisch oder illoyal betrachtet (ebd.: 96f).

2.4 Teutonismen

Der Terminus Teutonismus stößt zur Bezeichnung deutschlandspezifischer Formen nicht auf Zustimmung. (vgl. Dürscheid und Sutter 2014: 38). Wie es Schneider-Wiejowski und Ammon (2013) erwähnen, sind aber auch alle anderen „bisherigen Benennungsversuche [...] umstritten und problemgeladen“ (Schneider-Wiejowski und Ammon 2013: 49). Teutonismen sind vielleicht am schwersten zu verstehen, denn viele Deutsche (vor allem in dem Norden des Landes) glauben, dass sie die einzigen eine „richtige“ Sprache benutzen und alle anderen Varianten dialektal oder nicht

Standardsprache seinen (vgl. Löffler 2002: 151). Sie wissen nicht, „[...] dass es Wörter gibt, die „nur“ in Deutschland gelten und von den deutschsprachigen Nachbarn als *Teutonismen* angesehen werden“ (ebd.: 148). Es ist dann auch verständlich, dass süddeutsche Varianten häufiger vertreten werden als die norddeutsche, denn das Süddeutsche geographisch näher Österreich und der Schweiz ist und wird als Abweichung von der deutschländischen Standardvarietät betrachtet (vgl. Maitz und Elspaß 2012: 51–54).

In seinem Buch „Die deutsche Sprache in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Das Problem der nationalen Varietäten“ (1995) gibt Ammon eine ziemlich lange und umfangreiche Definition eines Teutonismus. Nach Ammon muss ein Teutonismus diese Bedingungen ausfüllen:

(1) Die Sprachform befindet sich als „binnendt.“ (binnendeutsch) markiert in Ebner (1980). Sie ist auch kein unmarkiertes Lemma im *Österreichischen Wörterbuch* (1990) (nicht als dem österreichischen Standarddeutsch zugehörend ausgewiesen). Außerdem ist die Sprachform im Sprachkodex Deutschlands als standardsprachlich belegt (Ammon 1995: 330f).

(2) Die Sprachform steht in Meyer (1989) nach dem Zeichen „/“ , was bedeutet, dass sie in der Schweiz nicht üblich, also nur binnendeutsch ist. Sie darf nicht in Bigler u.a. (1987) oder im *Schweizer Schülerduden 1* oder *2* (1980; 1976) noch als Gegenstand der Beschreibung in Hofmüller-Schenck (1995) erscheinen. Die Sprachform muss im Sprachkodex Deutschlands als standardsprachlich belegt sein (ebd.: 331).

(3) Die Sprachform ist im Rechtschreib-Duden (1991) entweder als „nordd.“ (norddeutsch) oder als „südd.“ (süddeutsch) markiert, und ohne weitere nationale Markierung. In beiden Fällen darf auch keine Markierung als Nonstandard vorliegen. Die Sprachform darf nicht national unmarkiert und als standardsprachlich in den nationalen Sprachkodizes Österreichs und dem der Schweiz auftreten, sondern höchstens in einen von ihnen (ebd.: 331f).

(4) Die Sprachform ist im *Österreichischen Wörterbuch* (1990) mit einem nachgestellten Asteriskus („*“) als „speziell dem Binnendeutschen“ zugehörend markiert. Sie ist auch im Sprachkodex Deutschlands als standardsprachlich belegt (ebd.: 332).

(5) Die Sprachform ist in Bigler u.a. (1987) als „binnendt.“ (binnendeutsch) markiert. Sie ist auch im Sprachkodex Deutschlands als standardsprachlich belegt (ebd.: 332).

(6) Die Sprachform ist Bestandteil der „reinen Hochlautung“ des *Siebs* (1969), der „Standardlautung“ des Aussprache-Duden (1990) oder auch der „Standardaussprache“ des *Großen Wörterbuchs der deutschen Aussprache* (1982). Sie ist weder Bestandteil der schweizerhochdeutschen Aussprache nach Hofmüller-Schenck (1995) noch der österreichischen Standardaussprache nach dem *Österreichischen Wörterbuch* (1990) noch der „gemäßigten Hochlautung“ des *Siebs* (1969) (ebd.: 333).

(7) Die Sprachform kann man aus einer anderen Quelle als den unter (1) bis (6) genannten als Austriazismen identifizieren (ebd.: 333).

3. Analyse

In diesem Teil der Arbeit werden als erstens journalistische Textsorten kurz erklärt, dann wird es beschrieben, wie der Korpus für diese Arbeit entstanden ist. Danach werden die Resultate der Korpusanalyse beschrieben und untersucht.

3.1 Journalistische Textsorten

Für den Begriff *Textsorte* gibt es viele verschiedene Definitionen. Nach einer Auszählung aller unterschiedlicher Textsorten von Dimter aus dem Jahr 1973 gibt es mehr als 500 Textsorten (vgl. Brinker et al. 2010: 122). In der linguistischen Textanalyse beschreibt man eine Textsorte als eine Gruppe von Texten, die ähnliche kontextuelle und sprachliche Merkmale haben (ebd.: 126). Es ist eine „Kombination von Merkmalen [...] aus Klassifikationsdimensionen, die nach den drei semiotischen Grundaspekten des Textes (Abbildung von Welt, kommunikative Funktion, Eigenstruktur) gruppiert sind“ (Lux 1981: 273).

Burger (2005: 213) teilt journalistische Textsorten in zwei Kategorien: informations- und meinungsbetonte Textsorten. Informationsbetonte Textsorten dienen um den Leser zu informieren „und ihr Hauptteil besteht also darin, dass der Leser einen betreffenden Sachverhalt zur Kenntnis nimmt“ (Jungová 2006: 35). Meinungsbetonte Textsorten sind andererseits Textsorten, „die eine Einstufung, eine Kommentierung eines gegebenen Sachverhaltes zum Ausdruck bringen“ (ebd.:35). Der Autor einer meinungsbetonten Textsorte will die Meinung der Leser beeinflussen (vgl. Heyne und Vollmer 2016: 37).

Burger (2005: 213) nennt fünf Arten von journalistischen Textsorten: Meldung, Bericht, Reportage, Kommentar und Interview. Er betont auch, dass es zu Mischungen einzelner Textsorten kommen kann und es in der Praxis schwer zu sagen ist, ob ein Text nur informationsbetont oder meinungsbetont ist (ebd.: 224). Jetzt werden die einzelnen Textsorten von Burger kurz behandelt.

3.1.1 Meldung

Meldung ist die kürzeste und einfachste Textsorte, die in der Presse vorkommt (ebd.: 213). Bei dieser Textsorte geht es um drei Grundgedanken: als erstes was sich eigentlich ereignet hat, dann die anderen w-Fragen (*wann, wo, wie, weshalb*) und am Ende wer beteiligt ist (ebd.:213). Die Meldung wird nach dem Modell der umgekehrten Pyramide dargestellt: Die wichtigsten Informationen sind am Anfang, die Details stehen im weiteren Textverlauf (ebd.: 213).

3.1.2 Bericht

Der Bericht ist die wichtigste informationsbetonte Textsorte (ebd.: 214). Elemente der Meldung kann man auch im Bericht finden, aber der Bericht ist viel mehr erweitert als eine Meldung. Mehr Details werden gegeben wie der Verlauf des Ereignisses, die Vorgeschichte sowie die Folgen werden im Bericht beschrieben (ebd.: 214). Deswegen ist ein Bericht länger als eine Meldung und ist wie die Meldung nach dem Modell der umgekehrten Pyramide dargestellt (ebd.: 214).

3.1.3 Reportage

Das bedeutendste Merkmal einer Reportage ist die Darstellung aus der Perspektive des Autors (oder eines Augenzeugen) (ebd.: 215). Sachen wie Objekte, Personen und Sachverhalte können näher betrachtet und beschrieben werden. In dieser Textsorte werden die Informationen auf eine spezielle Weise vermittelt: „Der Leser fühlt sich durch die Gefühle des Rezipienten (des Reporters) angesprochen.“ (Jungová 2006: 55). Bei einer Reportage wird als erstes die Szene dargestellt („Vor-Ort-Ebene“), dann werden Redewiedergaben vorgestellt („Personenebene“), und am Ende werden noch Hintergrundinformationen gegeben („Dokumentationsebene“) (ebd.: 58).

3.1.4 Interview

Das Interview gibt dem Leser vertiefende Informationen über ein schon bekanntes Thema (vgl. Burger 2005: 222). In einem Interview wird eine Person von dem Autor befragt und das Interview bietet Informationen über die Meinungen und Standpunkten der befragten Person, sowie auch Antworten auf bestimmte Probleme (vgl. Jungová 2006: 59). Diese Textsorte kann informationsbetont sowie als meinungsbetont sein:

Bei dem Sachinterview geht es vor allem um die Vermittlung von Informationen, die gestellten Fragen werden auf berichtende Weise sachlich und neutral beantwortet mit dem Akzent auf Fakten, Zahlen und Daten. Es wird die Fachsprache verwendet. Das Meinungsinterview bietet dem Leser Argumente, Erklärungen und Hintergründe. (ebd.: 60)

Es ist auch wichtig zu erwähnen, dass das Interview auch bearbeitet wird und dass der gesprochene Text verschriftlicht wird wobei er den grammatischen und textlinguistischen Regeln und stilistischen Gewohnheiten der Sprache angepasst wird (ebd.: 60).

3.1.5 Kommentar

In einem Kommentar spricht der Autor direkt den Leser an und sagt seine persönliche Meinung, im Gegensatz zum Bericht (vgl. Burger 2005: 225). Die Grundlage eines Kommentars ist die „*Problembezeichnung* einer Tatsache, einer Position oder einer Handlung und ihre *gültigen*, aber vor allem *strittigen Gegenstände*“ (Jungová 2006: 64). Der Autor versucht mit Argumenten einen

nützlichen Beitrag zum Thema liefern. Teile des Kommentars, die auch noch vortreten, sind die Orientierung zum Sachverhalt und der Versuch anhand Beweise Gegenargumente zu widerlegen (ebd.: 65).

3.2 Erstellung des Korpus

Für diese Arbeit wurde ein Korpus aus Zeitungsartikeln gemacht. Die Zeitungsartikel wurden für Deutschland aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, für Österreich aus dem *Standard*, und für die Schweiz aus dem *Bund* genommen. Es wurden insgesamt achtzehn Zeitungsartikel gewählt (sechs per Land). Es wurden Artikel gesucht, die über die gleichen Geschehnisse berichten, so dass die Artikel in Gruppen von drei analysiert wurden (für jedes Land einen Artikel). Insgesamt wurde über sechs Geschehnisse berichtet. Die gewählten Zeitungsartikel wurden vom 04. Juli bis zum 15. Juli 2021 veröffentlicht und alle wurden aus den Rubriken für ausländische Politik gewählt.

3.3 Korpusanalyse

Diese Arbeit geht von der Hypothese aus, dass es keine größeren Unterschiede bei den Artikeln aus den Zeitungen aus verschiedenen Ländern gibt, denn Zeitungen werden mit formaler Sprache verfasst. Die Zeitungsartikel, die für diesen Korpus ausgewählt wurden, waren alle informationsbetont und es handelte sich meistens von Meldungen und Reportagen über die Geschehnisse aus Ausland aus dem Bereich Politik. Insgesamt haben die Texte 11029 Wörter. Das ergibt die durchschnittliche Länge des Textes von 613 Wörtern.

Wenn man alle Wörter im Korpus analysiert, ergibt sich, dass es fast keine Unterschiede gibt. Nur ein einziger Austriazismus kommt in den Artikeln vor (*Jänner* anstatt *Januar*) („Allerdings ist der Senat – das Oberhaus des haitianischen Parlaments – seit Jänner 2010 nicht mehr beschlussfähig.“ (Anhang 2: S. 30)). Im Falle der schweizerischen Artikel kommt es sechzehnmal vor, dass Wörter, die sonst mit einem „ß“ geschrieben werden mit „ss“ geschrieben werden (*äusserte* anstatt *äußerte*) („Das Ministerium äusserte sich jedoch nicht zu Festnahmen von US-Bürgern.“ (Anhang 3: S. 35)). Ansonsten benutzen alle Zeitungen und Artikel die Standardsprache („Am Montag kam es im Parlament in Tiflis zu Tumulten, als mehrere Abgeordnete den Stuhl des Parlamentspräsidenten besetzten.“ (Anhang 1: S. 25); „Dabei sollen sich die eingeschalteten Mittelsmänner überhöhte Margen und Gebühren in Millionenhöhe gesichert haben.“ (Anhang 1: S. 26); „Der TV-Reporter war Anfang vergangener Woche mit Frakturen im Gesicht und starken Schmerzen in ein Krankenhaus gebracht und einige Tage später entlassen worden.“ (Anhang 2: S. 32); „Das Geschäft war heimlich unter der Regie von Becciu abgewickelt worden, als dieser noch die Nummer zwei im vatikanischen Staatssekretariat gewesen war.“ (Anhang 2: S. 32); „Dennoch

gab es lange keine Konsequenzen, obwohl südafrikanische Medien über Jahre detaillierte Belege für die kriminellen Machenschaften gesammelt hatten.“ (Anhang 3: S. 36); „Begonnen hat die Aufdeckung des Falls im Herbst 2019, mit einer spektakulären und mysteriösen Razzia im Vatikan.“ (Anhang 3: S. 37)). Die Erklärung für die Nutzung nur der Standardsprache beim Schreiben dieser Artikel kann sein, dass diese Zeitungen überregional sind und in digitalen Ausgaben kommen, die für eine große Leserschaft lesbar sein müssen und die für eine viel breitere Öffentlichkeit vorgesehen sind.

4. Schlusswort

Diese Abschlussarbeit beschäftigte sich mit dem Thema unterschiedlicher nationaler Varianten der deutschen Sprache an Beispielen aus Zeitungsartikeln, die sich mit politischer Thematik beschäftigen. Zunächst war es nötig einige grundlegende Begriffe zu definieren. Eine Standardsprache ist „[...] die in der Öffentlichkeit gebrauchte, normgebundene und überregional geltende Erscheinungsform einer Sprache bezeichnet. Die Standardsprache ist in Wörterbüchern und Grammatiken dokumentiert und geregelt“ (Ebner 2008: 7). Eine Standardvarietät „[...] ist eine Form des Deutschen gemeint, welche sich von anderen, ebenfalls standardsprachlichen, nationalen Varietäten der entsprechenden Sprache und vom Gemeindeutschen abgrenzt sowie in je eigenen Wörterbüchern kodifiziert ist“ (Wicki 2012: 39). Andererseits ist eine Mundart „die typische Sprachform eines kleinen Gebietes, [...] während mit ‚Dialekt‘ eine Gruppe von Mundarten gemeint sein kann [...]“ (Barbour und Stevenson 1998: 60). Deutschland, Österreich und die Schweiz haben ihre eigenen Standardvarietäten und das macht die deutsche Sprache eine plurizentrische Sprache. Der Begriff Austriazismus „[...] bezeichnet die typische Variante in Österreich, in Abgrenzung zur Bundesdeutschen Standardsprache“ (Englert 2021: 132). Helvetismen können als für die Schweiz typische Variante der deutschen Sprache definiert werden. Teutonismen sind vielleicht am schwersten zu verstehen, denn viele Deutsche glauben, dass sie die einzigen eine „richtige“ Sprache benutzen und alle anderen Varianten dialektal oder nicht Standardsprache seien (vgl. Löffler 2002: 151). Sie wissen nicht, „[...] dass es Wörter gibt, die „nur“ in Deutschland gelten“ (ebd.: 148).

Bei der Analyse der Zeitungartikel wurden keine bedeutsamen Unterschiede in der Nutzung von verschiedenen Varianten, alle drei Zeitungen benutzten die deutsche Standardsprache, denn sie sind für eine breite Leserschaft gedacht und müssen deswegen solche Sprache und Schreibweise benutzen, die der Mehrheit verständlich sein wird.

5. Literaturverzeichnis

- Ammon, Ulrich (1986): *Sprache - Varietät / Standardvarietät - Dialekt*. Duisburg: Universität Duisburg-Essen.
- Ammon, Ulrich (1996): *Typologie der nationalen Varianten des Deutschen zum Zweck systematischer und erklärungsbezogener Beschreibung nationaler Varietäten*. Zeitschrift für Dialektologie und Linguistik, 63. Jahrg., H. 2 (1996), pp. 157-175
- Ammon, Ulrich et al. (1995): *Die deutsche Sprache in Deutschland, Österreich und der Schweiz: das Problem der nationalen Varietäten*. Berlin/New York: Walter de Gruyter.
- Ammon, Ulrich et al. (2004): *Variantenwörterbuch des Deutschen. Die Standardsprache in Österreich, der Schweiz und Deutschland sowie in Liechtenstein, Luxemburg, Ostbelgien und Südtirol*. Berlin: Walter de Gruyter
- Barbour, Stephen; Patrick Stevenson (1998): *Variation im Deutschen. Soziolinguistische Perspektiven*. Berlin/New York: Walter de Gruyter.
- Brinker, Klaus et al. (2014): *Linguistische Textanalyse: Eine Einführung in Grundbegriffe und Methoden*. Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- Burger, Harald (2005): *Mediensprache. Eine Einführung in Sprache und Kommunikationsformen der Massenmedien*. Berlin/New York: Walter de Gruyter.
- Clyne, Michael G. (2005): Pluricentric Language/Plurizentrische Sprache, in: *Sociolinguistics/ Soziolinguistik. An International Handbook of the Science of Language and Society/Ein internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft*, 2., vollst. neu bearb. und erw. Aufl., hrsg. von Ammon, Ulrich/Dittmar, Norbert/Mattheier, Klaus J./Trudgill, Peter, 1. Teilband, 296-300.
- de Cillia, Rudolf (2005): Varietätenreiches Deutsch. Deutsch als plurizentrische Sprache und DaF-Unterricht. In: Krumm, Hans-Jürgen/Portmann-Tselikas, Paul (Hg.): *Begegnungssprache Deutsch – Motivation, Herausforderung, Perspektiven*. Innsbruck u. a.: Studien Verlag, 51–65.
- Dürscheid, Christa; Patrizia Sutter (2014): Grammatische Helvetismen im Wörterbuch. *Zeitschrift für angewandte Linguistik*, 60(1), 37-65.
- Englert, Benjamin (2021): *Austriazismen in der (deutschen) Standardsprache*. 2021. Иностранные языки: инновации, перспективы исследования и преподавания. 131-140. elib.bsu.by/handle/123456789/262120
- Heyne, Sabine; Bastian A. Vollmer (2016): *Innovation und Persuasion in der Presse. Eine komparative Korpusanalyse zur Form und Funktion von Neologismen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

- Jungová, Zuzana (2006): *Textsorten in der Presse und Publizistik und ihre stilistische Realisierung*. Diplomarbeit: Masaryk-Universität Brno.
- Kellermeier-Rehbein, Birte (2013): Standard oder Nonstandard? Ungelöste Probleme der Abgrenzung. In: Schneider-Wiejowski, Karina & Kellermeier-Rehbein, Birte & Haselhuber, Jakob (Hg.): *Vielfalt, Variation und Stellung der deutschen Sprache*. Berlin/New York: Walter de Gruyter, 3-22.
- Lux, Friedemann (1981): *Text, Situation, Textsorte*. Tübingen: Gunter Narr Verlag
- Maitz, Péter; Stephan Elspaß (2012): Pluralismus oder Assimilation? Zum Umgang mit Norm und arealer Sprachvariation in Deutschland und anderswo. In Susanne Günthner, Wolfgang Imo, Dorothee Meer & Jan Georg Schneider (Hrsg.), *Kommunikation und Öffentlichkeit. Sprachwissenschaftliche Potenziale zwischen Empirie und Norm (Reihe Germanistische Linguistik 296)*, 41–58. Berlin & Boston: Walter de Gruyter.
- Schneider-Wiejowski, Karina; Ulrich Ammon (2013): Deutschlandismus, Germani(zi)smus, Teutonismus. Wie sollen die spezifischen Sprachformen Deutschlands heißen? *Muttersprache* Vol. 123, N°. 4, 2013. 48–65.
- Trudgill, Peter (2000): *Sociolinguistic: An introduction to language and society*. London: Penguin
- Wicki, Mario (2012): Gibt es ein Schweizer Standarddeutsch? Pro und Contra. In: Stolz, Michael & Schöller, Robert (Hg.): *Germanistik in der Schweiz. Zeitschrift der Schweizerischen Akademischen Gesellschaft für Germanistik*, 9, 35-55.

6. Anhang

Anhang 1: Zeitungsartikel aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*

Artikel 1:

Übergangs-Präsident soll politisches Chaos in Haiti beenden

Haiti nach dem Präsidentenmord: Der eigentlich nicht beschlussfähige Rumpf-Senat wählt einen Interimspräsidenten. Zwei Männer wollen Regierungschef sein. Einer von ihnen bittet die USA vergeblich um Entsendung von Truppen. Haitis Senat hat seinen bisherigen Präsidenten Joseph Lambert zum Übergangs-Nachfolger des ermordeten Staatspräsidenten Jovenel Moïse gewählt. „Ich spreche den politischen Institutionen, die mich unterstützen, meine bescheidene Dankbarkeit aus“, schrieb Lambert am Freitagabend (Ortszeit) auf Twitter. Er wolle den Weg für einen demokratischen Machtwechsel ebnen. Im September sind in Haiti Präsidenten- und Parlamentswahlen geplant.

Allerdings ist der Senat – das Oberhaus des haitianischen Parlaments – seit Januar 2020 nicht mehr beschlussfähig. Es war daher zunächst unklar, ob Lambert tatsächlich das Amt antreten kann. Weil eine für Oktober 2019 vorgesehene Parlamentswahl unter anderem wegen heftiger Proteste gegen Moïse ausgefallen war, gibt es nur noch zehn von 30 Senatoren, deren Amtszeiten nicht abgelaufen sind. Im Unterhaus, der Abgeordnetenversammlung, sitzt niemand mehr. Acht der zehn Senatoren stimmten Medienberichten zufolge für Lambert, zwei enthielten sich.

Zuvor hatten sich am Freitag mehrere politische Akteure in dem Karibikstaat, der sich die Insel Hispaniola mit der Dominikanischen Republik teilt, auf Lambert als Interims-Staatschef geeinigt. Das geht aus einem Schreiben hervor, das von Vertretern mehrerer Parteien und Bewegungen unterschrieben wurde – darunter auch der konservativen PHTK, der Moïse angehörte. Es fehlten aber auch Unterschriften einiger wichtiger Kräfte.

Zwei konkurrierende Premierminister

Interims-Premierminister und damit Regierungschef soll demnach der Neurochirurg Ariel Henry werden. Diesen hatte Moïse noch am Montag für das Amt ernannt. Henrys für Mittwoch geplante Vereidigung war nach dem Attentat aber ausgefallen.

Der Außenminister und bisherige Interims-Premierminister Claude Joseph erklärte sich zum amtierenden Regierungschef. Als solcher hielt er in den vergangenen Tagen Ansprachen an die Nation, unterzeichnete Erlasse und führte Gespräche mit Vertretern ausländischer Regierungen. In einem Interview der haitianischen Zeitung „Le Nouvelliste“ sagte Henry, seiner Ansicht nach sei er Premierminister – und nicht Joseph.

Amerikaner leisten keine Militärhilfe

Die USA lehnten eine Anfrage der haitianischen Regierung auf militärische Unterstützung zum Schutz wichtiger Infrastrukturen wie Flughafen und Häfen ab. Die Vereinigten Staaten hätten keine Pläne, Haiti „zu diesem Zeitpunkt“ militärische Hilfe zu gewähren, sagte ein hochrangiger Beamter in Washington. In einem Gespräch mit US-Außenminister Antony Blinken am Mittwoch hatte Joseph die Anfrage auf Sicherheitsunterstützung gestellt. Die USA hatten Haiti von 1915 bis 1934 als Besatzungsmacht kontrolliert. Auch der U.N. Sicherheitsrat sei um Hilfe gebeten worden, sagte der Minister für Wahlen, Mathias Pierre.

Seit dem Mordanschlag auf Moïse in der Nacht zum Mittwoch ist Haiti tiefer in eine politische Krise gestürzt, die den wachsenden Hunger, die Bandengewalt und den Ausbruch von Covid-19 verschlimmern könnte. Der 53 Jahre alte Staatschef war in seiner Residenz überfallen und erschossen worden. Seine Ehefrau Martine wurde dabei schwer verletzt. Sie wird in den USA behandelt. Nach Angaben der haitianischen Polizei führten 28 ausländische Söldner den Mord aus: 26 Kolumbianer und zwei US-Amerikaner haitianischer Herkunft. Bisher wurden demnach 20 Tatverdächtige festgenommen und drei getötet. Die Hintergründe der Tat waren unklar.

Moïse, seit 2017 im Amt, war äußerst unbeliebt. Ihm wurden Korruption, Verbindungen zu brutalen Banden und autokratische Tendenzen vorgeworfen. Bereits im Februar hatten Oppositionsparteien einen Richter am Obersten Gerichtshof als Übergangspräsidenten ausgerufen, weil aus ihrer Sicht Moïses Amtszeit abgelaufen war. Proteste legten Haiti in den vergangenen drei Jahren immer wieder lahm. Zuletzt trieben blutige Kämpfe zwischen Banden um die Kontrolle über Teile der Hauptstadt Tausende Menschen in die Flucht.

(Quelle: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/haiti-joseph-lambert-als-uebergangs-praesident-gewaehlt-17431352.html> 13.07.2021)

Artikel 2:

Geplünderte Supermärkte, brennende Barrikaden

In einigen Provinzen Südafrikas herrscht nach der Inhaftierung des früheren Präsidenten Jacob Zuma Ausnahmezustand. Präsident Cyril Ramaphosa hat angekündigt, das Militär einzusetzen. Das könnte die Lage weiter eskalieren.

Brennende Polizeiautos und Lastwagen, geplünderte Supermärkte, blockierte Straßen: In Südafrikas Provinzen Kwa-Zulu-Natal und Gauteng herrschen seit Tagen anarchische Zustände. Seit der Inhaftierung des früheren Staatspräsidenten Jacob Zuma in der vergangenen Woche sind Tausende losgezogen und haben in verschiedenen Städten wahllos privates und staatliches Eigentum zerstört. 26 Menschen starben nach offiziellen Angaben vom Dienstag, zahlreiche wurden verletzt. Die Polizei meldete mehrere hundert Verhaftungen. Vierterorts verschanzten

sich die Bürger in ihren Häusern oder versuchten, sich selbst zu verteidigen. Das Wirtschaftsleben in weiten Teilen der betroffenen Regionen kam zum Erliegen.

Staatspräsident Cyril Ramaphosa kündigte in einer kurzfristig angesetzten Fernsehansprache an die Nation am Montagabend an, das Militär zur Unterstützung der völlig überforderten Polizei einzusetzen. Es seien öffentliche Gewalttaten, „wie sie sich in der Geschichte unserer Demokratie selten ereigneten“. Der 79 Jahre alte frühere Präsident Zuma ist vom Verfassungsgericht in der vorvergangenen Woche wegen Missachtung der Justiz zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Ramaphosa warnt vor ethnischen Trennlinien

Er hatte sich mit immer neuen Ausflüchten geweigert, vor einer Untersuchungskommission zur Aufklärung der Korruptionsaffären während seiner Amtszeit auszusagen. Zuletzt hatte er eine Entscheidung des Verfassungsgerichts ignoriert. Während seiner neun Jahre langen Präsidentschaft hatte sich insbesondere eine mit ihm befreundete indische Unternehmerfamilie maßlos bereichert und den Staatsapparat aus dem Hintergrund faktisch kontrolliert. In der vergangenen Woche hatte sich Zuma kurz vor Ablauf einer Frist für seine Festnahme selbst ins Gefängnis fahren lassen.

Zu den Ausschreitungen sagte Präsident Ramaphosa, einige hätten diese „als eine Form politischen Protests bezeichnet“. Es habe zu Beginn manche gegeben, die versucht hätten, „entlang ethnischer Linien“ zu Gewalt und Unordnung aufzurufen. „Wir wissen, dass die Mehrheit unseres Volkes es aus Prinzip ablehnt, entlang dieser Linien mobilisiert zu werden.“ Das was sich jetzt abspiele, aber seien „opportunistische kriminelle Taten“. Einige Gruppen stifteten Chaos, um Plünderungen und Diebstahl zu vertuschen.

Ramaphosa erinnerte an die unruhige Phase vor den ersten demokratischen Wahlen 1994 nach dem Ende der Rassentrennung. „Der Lauf der Zeit hat die dunklen Tage nicht aus unserem Gedächtnis gelöscht“, sagte er in der Rede. „Während wir uns dieser Herausforderung stellen, sollten wir uns daran erinnern, wie wir – als wir uns auf den demokratischen Wandel vorbereiteten – als Gesellschaft zusammenkamen, um die Gewalt zu beenden, die in vielen Gemeinden grassierte.“ Zuvor hatte er namentlich alle bis dato gemeldeten Opfer erwähnt, die zu verschiedenen Volksgruppen gehörten.

Plünderer schafften ihre Beute vielerorts in vollen Einkaufswagen aus Geschäften heraus und luden sie teils in schon bereitstehende Fahrzeuge. Vor allem Alkohol, dessen Verkauf während der Corona-Pandemie wieder verboten ist, wurde kistenweise gestohlen. Aus Sicherheitsgründen wurden öffentliche Einrichtungen und Straßen, unter anderem die Autobahn N3 – eine der wichtigsten Transportstrecken zwischen dem Hafen in Durban und der Wirtschaftsmetropole Johannesburg – geschlossen.

Ultimatum von Zumas Tochter

Viele Menschen konnten wegen der chaotischen Lage und aus Sicherheitsgründen nicht zur Arbeit gehen. Einige Anwohner in den betroffenen Regionen berichteten, die Polizei sei kaum zu sehen gewesen. Es ging das Gerücht um, die Polizei unterstütze die Proteste indirekt durch Untätigkeit. In den Medien hingegen gab es Aufnahmen von Polizisten, die mit Gummigeschossen gegen Protestierende voringen.

Eine Tochter Zumas sowie Anhänger des früheren Staatspräsidenten hatten die Proteste auf Twitter zusätzlich angeheizt. „Ramaphosa, wir geben dir drei Tage, um Zuma freizulassen“, schrieb die 37 Jahre alte Duduzile Zuma. „Das Land wird sonst niederbrennen, ich verspreche es.“ Später schrieb sie, sie werde ihren Vater auch in dunkelsten Zeiten unterstützen. Die Interims-Generalsekretärin der Regierungspartei Afrikanischer Nationalkongress, Jessie Duarte, verurteilte die Aussagen. Duduzile Zuma und die anderen müssten die Tweets und ihr Ziel erklären.

Ein Ende der Ausschreitungen ist derzeit nicht in Sicht. Auf Twitter hatten Gruppen für Dienstag und Mittwoch einen „massiven Streik und Shut-Down“ in mehreren Städten in der Provinz Ostkap angekündigt. Die radikale Oppositionspartei Economic Freedom Fighters (EFF) drohte, sich den Protesten anzuschließen, sollten Soldaten eingesetzt werden. „Alle Kämpfer müssen sich bereit machen. Sie werden uns nicht alle töten. Wir brauchen eine politische Lösung für ein politisches Problem, keine Soldaten“, schrieb der Parteivorsitzende Julius Malema auf Twitter. Später beantragten Anwälte der Partei eine genauere Erklärung des Staatspräsidenten für den Einsatz des Militärs. Die EFF hatte Zuma während seiner Präsidentschaft stark unter Druck gesetzt und gegen Auftritte des Staatspräsidenten im Parlament rebellierte.

Derweil laufen die Verhandlungen vor dem Verfassungsgericht über Zumas Gefängnisstrafe weiter. Seine Anwälte hatten nach Verkündung des Urteils einen Antrag auf Aufhebung der Strafe gestellt, den das Verfassungsgericht zur Überraschung einiger Rechtsfachleute angenommen hatte. Die Anwälte argumentierten, angesichts des fortgeschrittenen Alters und des Gesundheitszustands werde der frühere Staatspräsident die Haft nicht überleben.

(Quelle: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/unruhen-in-suedafrika-nach-festnahme-jacob-zumas-17435471.html> 13.07.2021)

Artikel 3:

Chaotische Szenen in Georgiens Parlament nach Tod von Kameramann

Georgiens Opposition fordert nach Ausschreitungen bei einer schwulenfeindlichen Demonstration den Rücktritt der Regierung. Regierungschef Garibaschwili trage die Mitverantwortung für Gewalt gegen Medienschaffende.

Nach dem Tod eines Kameramannes, der bei Protesten schwulenfeindlicher Demonstranten schwer verletzt worden war, haben oppositionelle Abgeordnete in Georgien den Rücktritt von Ministerpräsident Irakli Garibaschwili gefordert. Am Montag kam es im Parlament in Tiflis zu Tumulten, als mehrere Abgeordnete den Stuhl des Parlamentspräsidenten besetzten. Kritiker werfen Garibaschwili und seiner Regierung eine Mitverantwortung für die Gewalt gegen Medienschaffende bei den jüngsten Anti-LGTBQ-Protesten in der georgischen Hauptstadt vor.

Die Parlamentssitzung am Montag konnte erst fortgesetzt werden, nachdem die vier weiblichen Abgeordneten, die den Stuhl des Parlamentspräsidenten besetzten, gewaltsam aus dem Saal gebracht worden waren. Am Abend kam es dann abermals zum Protest gegen Garibaschwili: Vor dem Parlamentsgebäude versammelten sich etwa 2000 Menschen, unter ihnen hunderte Journalisten und Menschenrechtsaktivisten. Sie kündigten an, die Demonstrationen solange fortzusetzen, bis Garibaschwili abtritt.

50 Journalisten angegriffen

Bereits am Sonntag hatten in Tiflis rund 8000 Menschen gegen die Regierung demonstriert. Sie zeigten sich bestürzt über den Tod des 37-jährigen Kameramanns Alexander Laschkarawa, der in der vergangenen Woche von schwulenfeindlichen Demonstranten verprügelt worden war. Am Sonntagmorgen war Laschkarawa tot in seiner Wohnung aufgefunden worden. Der Kameramann hatte für den unabhängigen Sender TV Pirweli gearbeitet. Insgesamt waren bei dem schwulenfeindlichen Protest mehr als 50 Journalisten physisch attackiert worden.

Anlass der schwulenfeindlichen Demonstration war eine letztlich abgesagte Pride-Parade für mehr LGTBQ-Rechte gewesen. Garibaschwili hatte sich gegen die Abhaltung des Marsches ausgesprochen. Nach Laschkarawas Tod sprach der Ministerpräsident von einer „unglaublichen Tragödie“ und versprach eine sofortige Untersuchung zu den Todesumständen.

Am Montagabend erklärte das Innenministerium in Tiflis dann, möglicherweise sei eine „überhöhte Dosis Drogen“ der Auslöser für Laschkarawas Tod gewesen. Dies sei das vorläufige Ergebnis einer forensischen Untersuchung.

„Wendepunkt für die Informationsfreiheit“

Die Organisation Reporter ohne Grenzen (RSF) warf den georgischen Behörden eine „schuldhafte Passivität“ beim Schutz von Journalisten vor. „Der verdächtige Tod von Alexander Laschkarawa markiert einen katastrophalen Wendepunkt für die Informationsfreiheit in Georgien“, erklärte die für Osteuropa und Zentralasien zuständige RSF-Vertreterin Jeanne Cavalier.

Auch die US-Botschafterin in Georgien, Kelly Degnan, übte deutliche Kritik an Garibaschwilis Regierung. Es sei „enttäuschend“, dass die Regierung keine „stärkere“ Rolle bei der Verhinderung der Gewalt gegen Journalisten gespielt habe, erklärte die Diplomatin.

Bei den Pride-Umzügen wird rund um den Globus für die Rechte sexueller Minderheiten demonstriert. Die englische Abkürzung LGBTQ steht für lesbisch, schwul, bisexuell, transgender und queer.

Georgien gilt als sehr konservatives Land, die orthodoxe Kirche ist äußerst mächtig in der Kaukasusrepublik. Im Jahr 2000 war in dem Land das Verbot von Homosexualität abgeschafft worden, in den Jahren 2006 und 2014 wurden Anti-Diskriminierungsgesetze verabschiedet. Am Rande von LGTBQ-Veranstaltungen gab es in den vergangenen Jahren aber immer wieder heftige homophobe Proteste.

(Quelle: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/chaotische-szenen-in-georgiens-parlament-nach-tod-von-kameramann-17435011.html> 14.07.2021)

Artikel 4:

Wenn der Vatikan einen Kardinal anklagt

Wegen eines Immobiliendeals in London müssen sich nun zehn Personen vor Gericht verantworten. Unter ihnen sind ein Kardinal und ranghohe Mitarbeiter des Staatssekretariats.

Im Vatikan ist erstmals gegen einen Kardinal Anklage von einem Gericht des Kirchenstaats erhoben worden. Neben dem 73 Jahre alten Sarden Angelo Becciu, der zuletzt Präfekt der Selig- und Heiligsprechungskongregation war, müssen sich neun weitere Verdächtige wegen des Vorwurfs der Unterschlagung, des Betrugs, des Amtsmissbrauchs, der Geldwäsche und der Erpressung verantworten. Auch gegen vier Unternehmen im anteiligen oder alleinigen Besitz der Beschuldigten wurde Anklage erhoben. Wie das Presseamt des Vatikans am Samstag mitteilte, wird das Gerichtsverfahren am 27. Juli mit einer ersten Anhörung eröffnet.

Die Anklageerhebung schließt gut zwei Jahre währende Ermittlungen zu einer riskanten und nach Überzeugung der Strafverfolger von Betrügern vorangetriebenen Investition des Heiligen Stuhls in eine Immobilie im Londoner Stadtteil Chelsea ab. Ein erheblicher Teil der rund 350 Millionen Euro, die das vatikanische Staatssekretariat für den Erwerb des ehemaligen Lagerhauses bezahlt haben soll, stammt aus dem Fonds des sogenannten Peterspfennigs. Zur Peterspfennig-Spende für karitative Zwecke sowie für allgemeine Aufwendungen des Kirchenstaats ruft der Papst jedes Jahr zum Hochfest der Apostel Petrus und Paulus am 29. Juni auf.

In der rund 490 Seiten umfassenden Anklageschrift wird nachgezeichnet, wie das Staatssekretariat seit der ersten Investition im Umfang von 200 Millionen Euro aus dem Jahre 2013 immer mehr Geld für allerlei Vermittler, Makler und Berater ausgegeben hat. Die Strafverfolger unter Führung von Chefstaatsanwalt Gian Piero Milano sind der

Überzeugung, dass die Angeklagten in einer konzertierten Aktion einerseits hohe Anfangsverluste der Investition vertuschten und sich über komplizierte Quergeschäfte immer weitere Mittel aus dem Staatssekretariat erschlichen. Dabei sollen sich die eingeschalteten Mittelsmänner überhöhte Margen und Gebühren in Millionenhöhe gesichert haben. In dem Londoner Gebäude sollen Luxuslofts für solvente Käufer entstehen. Ob sich die bisherigen Investitionen auszahlen und ob die aufgelaufenen Verluste teilweise oder ganz ausgeglichen werden können, wird sich erst nach dem Umbau und nach dem Verkauf der Apartments zeigen.

Neben Becciu sind ranghohe Mitarbeiter des Staatssekretariats und diverser Finanzinstitutionen des Vatikans, italienische Geschäftsleute mit langjährigen Verbindungen zum Heiligen Stuhl, eine Beraterin mit engen persönlichen Beziehungen zu Kardinal Becciu sowie der Schweizer Rechtsanwalt René Brülhart angeklagt. Brülhart war im November 2014 von Papst Franziskus zum Leiter der vatikanischen Finanzinformationsbehörde (FIA) ernannt worden und gab fünf Jahre später das wichtige Aufsichtsamt im Vatikan wieder ab. Seinerzeit hatte es geheißt, Brülharts Amtszeit an der Spitze der FIA sei abgelaufen, doch offenbar stand seine Demission im Zusammenhang mit den Ermittlungen zum Londoner Investitionsskandal.

(Quelle: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/finanzskandal-der-kirche-wenn-der-vatikan-einen-kardinal-anklagt-17421476.html> 14.07.2021)

Artikel 5:

Kann Le Pen Präsidentin werden?

Das schwache Abschneiden bei den Regionalwahlen beunruhigt das Rassemblement National. Beim Parteitag setzt Marine Le Pen auf ihre Strategie der „ruhigen Kraft“. Aber die Zweifel an ihr wachsen.

Zur Eröffnung des XVII. Parteitags des Rassemblement National (RN) flattern überall in Perpignan blau-weiß-rote Fahnen. Bürgermeister Louis Aliot hat es so gewollt und nicht den Nationalfeiertag am 14. Juli abgewartet, um die Straßen beflaggen zu lassen. Die Stadtverwaltung steht am Wochenende ganz im Dienst der rechtsextremen Partei. „Für Frankreich zusammenstehen“ lautet das Motto der Versammlung der Parteikader und einfacher Mitglieder im städtischen Kongresszentrum.

Eine Woche nach den herben Verlusten bei den Regional- und Kantonalwahlen verbreitet Marine Le Pen Siegesgewissheit. „Marine, Marine!“-Rufe erschallen im Saal, als sie sich mit 98,35 Prozent Zustimmung im Amt der Parteivorsitzenden bestätigen lässt. Das elektronische Votum der Mitglieder ersetzt die Kandidatenkür für die Präsidentenwahl im April kommenden Jahres. Etliche schwenken begeistert Trikolore-Flaggen im Saal.

Le Pen will nicht zurück zu den Provokationen von früher

Doch auf den Fluren sind auch pessimistische Stimmen zu hören. Wird die 52-Jährige es beim dritten Anlauf in den Elysée-Palast schaffen? „Unser größter Sieg ist ideologisch“, sagt Le Pen in ihrer Abschlussrede. Es gelte jetzt, ihn in einen Sieg an den Urnen umzuwandeln. Sie sagt, es gebe keinen Weg zurück zum Front National, zu den Provokationen und Abgrenzungen von früher. Stattdessen predigt sie „Einheit“. „Wir sind eine Partei, die für alle offen ist“, sagt sie und verspricht eine „Regierung der nationalen Einheit“.

Auf der Dachterrasse des Kongresszentrums hat Le Pen im Gespräch mit Journalisten zuvor Zweifel an ihrer Wahlstrategie zurückgewiesen. Mit ihrem Kuschelkurs der „ruhigen Kraft“ („La force tranquille“) habe sie ihre Wähler demobilisiert, meinen die Kritiker. Le Pen hält dagegen, dass die niedrige Wahlbeteiligung von 33 Prozent allein vom Desinteresse an den Regionalwahlen zeugte. „Bei der Präsidentenwahl wird das anders sein“, meint sie. Ihre Partei sei schon so oft totgesagt worden, seufzt sie. Als es zu nieseln anfängt, hastet sie ins Innere, „meine Haare kräuseln sonst“.

Der Kurs müsse wieder „viriler“ werden, hat ihr 93 Jahre alter Vater, Parteigründer Jean-Marie Le Pen, in einer seiner Videobotschaften gefordert. Sie denke gar nicht daran, sagt sie und murmelt, man solle den Alten in Ruhe lassen. „Soll ich mir etwa einen Bart wachsen lassen?“ Dann kündigt sie etwas vollmundig eine „Feminisierung“ der Parteigremien an. Die Zahl der Mitglieder im Exekutivrat hat sie von zehn auf fünfzehn erhöht, mit ihr eingerechnet gehören dem Entscheidungsgremium fortan vier Frauen an.

Ihre Wählerschelte bereut sie nicht. Sichtlich enttäuscht vom schlechten Wahlergebnis hatte sie die Anhänger gerügt, die nicht zu den Urnen gingen. „Sie spricht wie ein Aktionär, der seine Dividende einfordert“, spottete Eric Zemmour. Der rechtsextreme Publizist will nun selbst kandidieren. Die Konkurrenz von rechts fürchte sie nicht, sagt Le Pen selbstbewusst: „Ich bin kämpferisch, ich habe keinerlei Zweifel.“

Die Bilanz des RN-Bürgermeisters in Perpignan ist dürrig

Der Applaus der Parteidelegierten im Saal ist ihr sicher. Aber längst ist auch das Rassemblement National eine etablierte Partei, die sich um sich selbst dreht. Im „Schaufenster“ Perpignan hat Bürgermeister Aliot bislang wenig vorzuzeigen. Mit knapp 120.000 Einwohnern ist die katalanische Stadt die größte, die je vom RN erobert wurde. Doch bei den Kantonal- und Regionalwahlen haben die Wähler die Partei abgestraft. In allen Wahlkreisen (Kantonen) Perpignans ging Aliots Partei leer aus.

„Das zeigt, wie schnell sich Ernüchterung breitgemacht hat“, glaubt Bruno Nougayrède. Der Verleger gehört der rechtsbürgerlichen Opposition im Stadtrat an. „Aliot ist vor allem ein Profi der politischen Kommunikation“, meint er. Aber langsam würden viele Bürger seine Masche durchschauen. Nougayrède sitzt unter dem Sonnenschirm eines Cafés auf dem Platz der Republik in der historischen Altstadt und zeigt auf einen Straßenkehrer, der Zigarettenkippen

zusammenfügt. „Der Bürgermeister hat alle Reinigungskräfte ausschwärmen lassen, um Eindruck zu schinden“, meint er. Sauberer und sicherer solle die Stadt werden, hatte Aliot bei seiner Wahl vor einem Jahr versprochen.

„Um den Rauschgifthandel zu zerschlagen, lässt er die Fassaden von Coffeeshops zumauern“, schildert Nougayrède. Schlagzeilen seien ihm bei solchen spektakulären Aktionen sicher. „Aber ein nachhaltiger Kampf gegen Dealer sieht anders aus“, gibt der Vater von acht Kindern zu bedenken. Es komme auf ein gutes Verhältnis zur Zentralregierung in Paris an, denn für den Kampf gegen Rauschgiftbanden sei der Innenminister zuständig.

Nougayrède beschreibt die Vetternwirtschaft, die mit Aliot im Rathaus Einzug gehalten habe. Der ehemalige Lebensgefährte Marine Le Pen ist mit der lokalen Hobbymalerin Véronique Lopez liiert. Umgehend beförderte er sie zur stellvertretenden Kommunikationschefin der Stadt. Der 51 Jahre alte Stadtvater schanzte ihr zudem den Auftrag zu, ein neues Stadtwappen zu entwerfen. Als Aliot sie auch noch im Verwaltungsrat des Stadttheaters platzieren wollte, gab es lauten Protest.

Bürgermeister spielen eine große Rolle bei Infrastrukturprojekten

Seine eigenen Bezüge als Bürgermeister ließ er um 17 Prozent erhöhen. Noch mehr ärgert Nougayrède, dass aus der Stadtkasse vier Leibwächter für Aliot finanziert werden, die ihn auf Schritt und Tritt begleiten. „Selbst bei einer Messe in der Kathedrale tauchte er mit seinen Leibwächtern auf“, sagt Nougayrède. Eine Anfrage im Innenministerium habe ergeben, dass keine Drohungen gegen den Bürgermeister vorlägen. „Jetzt versucht er, mich mit einem Diffamierungsverfahren mundtot zu machen.“ Es sei zu befürchten, dass Aliot leere Kassen hinterlasse.

Auch Laurence Martin findet, dass Aliot sich schneller als erwartet entzaubert habe. Die 42 Jahre alte Frau zählt zu den Zugereisten, die sich auf der Suche nach Sonne und günstigen Immobilienpreisen in dem Südzugspitze der Republik mit ihrer Familie niederließ. Sie hat eine Schmuckboutique in der Innenstadt eröffnet und sich in den Stadtrat wählen lassen. „Die politischen Kräfte sind dabei, sich zu erneuern“, meint sie. Es werde immer deutlicher, dass der Bürgermeister kein Konzept habe, Perpignans Wirtschaft anzukurbeln. Vom früheren Reichtum der Stadt zeugt der Palast der Könige von Mallorca. Doch hinter den Überresten der Festungsmauern liegen Sozialbauviertel, in denen die Bewohner oftmals schon in der zweiten Generation nur mit staatlichen Hilfen über die Runden kommen.

Perpignan und Umgebung zählen in Frankreich die höchste Zahl an Sozialhilfeempfängern nach dem Brennpunktdepartement Seine-Saint-Denis. 24.000 Familien sind von der Mindestsozialhilfe RSA abhängig. Aliots Strategie sei, sie zu stigmatisieren, Lösungen habe er keine, meint der Unternehmer Emmanuel Stern, der mit der Gründung eines Telekom-Unternehmens Hunderte Arbeitsplätze geschaffen hat. „Perpignan hat ein großes Potential“, meint er. Barcelona liege über die Hochgeschwindigkeitszugtrasse nur knapp eine Stunde entfernt. Der RN-Stempel, befürchtet Stern, könne die Pläne verzögern, die TGV-Strecke von Paris bis Perpignan endlich auszubauen.

Bürgermeister spielen in Frankreich traditionell eine große Rolle bei Infrastrukturprojekten. Der frühere Regierungschef Alain Juppé etwa wachte als Stadtherr darüber, dass Bordeaux dank einer neuen Zugtrasse nur noch zwei Zugstunden von der Hauptstadt entfernt ist. Auch parteiintern gibt es Kritik am Führungsstil des Bürgermeisters. „Aliot hört nur auf seinen Hofstaat, er ist wie Ludwig XVI.“, meint Bernard Reyes, der die RN-Fraktion im Stadtrat im Streit verlassen hat.

Der neue Liebling der Partei ist ein politischer Jungstar

RN-Bürgermeister Romain Lopez, der in seinem Wahlkreis in Moissac bei der Kantonalwahl 66 Prozent der Stimmen geholt hat, distanziert sich diskreter von Aliot. Gute Wahlkreispolitik könne sich nicht auf Ankündigungen beschränken. „Unsere Wähler wollen konkrete Veränderungen“, meinte Lopez bei einer Debattenrunde im Plenum des Kongresszentrums. Aliot zeichnet unterdessen ein ganz anderes Bild. Die Leute seien begeistert, Perpignan werde sauberer und sicherer. Die Nörgler und Besserwisser hätten bald nichts mehr zu melden, sagt er im Gespräch.

Bei einer feierlichen Zeremonie im Rathaus verlieh er Marine Le Pen die Verdienstmedaille der Stadt, auch wenn nicht klar ist, wie sie sich um Perpignan verdient gemacht hat. Was zählt, ist die symbolische Geste. Im Gegenzug ließ Le Pen ihren ehemaligen Gefährten zum stellvertretenden Parteivorsitzenden nominieren.

Der neue Liebling der Delegierten aber ist der 25 Jahre alte Jordan Bardella. „Unser Eroberungszug ist durch die Verluste nicht im Geringsten beeinträchtigt“, behauptet er. Als Spitzenkandidat hat er im Europawahlkampf Macrons Partei auf den zweiten Platz verwiesen, seither gilt er als Jungstar. Doch bei den Regionalwahlen lockte auch Bardella die Anhänger nicht an die Urnen und kam mit gut zehn Prozent der Stimmen in der Hauptstadtregion nur auf den dritten Platz. „Das Schweigen der Urnen ist irreführend“, sagt er in Perpignan. Es sei „die Stille vor dem Sturm“, der Marine Le Pen an die Macht bringen werde.

Präsident Emmanuel Macron hält er vor, die französische Fahne beschmutzt zu haben mit einer „Politik der Entschuldigung und Reue“, ob angesichts des Völkermords in Ruanda oder für die Kolonialverbrechen in Algerien. „Wir aber werden Frankreich feiern“, ruft Bardella. Er wird Le Pen an der Parteispitze vertreten, damit sie sich in den nächsten Monaten auf den Präsidentenwahlkampf konzentrieren kann. Den Vertrauensbeweis verdankt der junge Mann wohl auch dem Umstand, dass er mit Le Pen Nichter Nolle Olivier liiert ist. Politik bleibt eine Familienangelegenheit bei den Le Pens.

„Wir werden uns vom Joch der Europäischen Union befreien“

Auf der europäischen Bühne ordnet Le Pen ihre Bündnisse neu. Aus der Allianz mit der AfD will sie sich lösen, weil sie die Euro-Ausstiegspäne der Partei nicht länger teilt. Stattdessen rückt sie der polnischen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) und der ungarischen Fidesz-Partei näher, auch die FPÖ, Vox aus Spanien und der flämische

Vlaams Belang zählen zu den Unterzeichnern. Die gemeinsame Erklärung mit insgesamt 15 europäischen Parteien vom rechten Rand lässt sie im Kongresszentrum von den Anhängern beklatschen. „Wir sind nicht allein!“, ruft sie und kündigt an, dass die europäischen Nationen ihre Souveränität zurückerobern würden. „Wir werden uns vom Joch der Europäischen Union befreien“, ruft sie. Sie beklagt, die EU unterstütze das autoritäre Regime des türkischen Staatschefs Tayyip Erdogan mit Millionenbeiträgen. „Buh, buh“, rufen die Anhänger.

Die gemeinsame Erklärung, behauptet Le Pen, bereite eine neue Fraktion souveränistischer Parteien im Europäischen Parlament vor. Sie würde sich gern mit Jarosław Kaczyński und Viktor Orbán treffen, sagt sie in Perpignan. Obwohl sie an dem Vorhaben festhält, die integrierten Militärstrukturen der NATO zu verlassen, hat sie ihre Unterschrift unter den Satz gesetzt, dass das transatlantische Bündnis der Pfeiler der europäischen Verteidigung sei. Einen Absatz hat Le Pen indessen für die französische Fassung der Erklärung ausklammern lassen. Darin wurden die positiven Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses hervorgehoben. Le Pen hingegen will Frankreich für ein neues Jahrzehnt nationaler Selbstbehauptung rüsten.

(Quelle: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/kann-marine-le-pen-praesidentin-in-frankreich-werden-17421702.html> 14.07.2021)

Artikel 6:

Journalist de Vries nach Anschlag in den Niederlanden gestorben

Der niederländische Journalist Peter R. de Vries ist gestorben. Das gab seine Familie bekannt. Der 64-Jährige war vergangene Woche auf offener Straße in Amsterdam niedergeschossen worden.

Der niederländische Investigativjournalist Peter R. de Vries ist am Donnerstag an seinen Schussverletzungen gestorben. „Peter hat bis zum Ende gekämpft, konnte die Schlacht aber nicht gewinnen“, teilten seine Angehörigen in einer Erklärung mit. Sie seien „unglaublich stolz auf ihn und zugleich untröstlich“. De Vries, der durch eine eigene Fernsehsendung beliebt und bekannt wurde, war am vorigen Dienstag in der Innenstadt von Amsterdam mit fünf Schüssen aus nächster Nähe niedergestreckt worden, mindestens einer davon traf ihn in den Kopf. Seitdem hatte er in einem Amsterdamer Krankenhaus um sein Leben gerungen. Er wurde 64 Jahre alt.

Die Polizei hatte schon eine Stunde nach der Tat zwei Männer festgenommen, beide sitzen seither in Untersuchungshaft. Der 21 Jahre alte Delano G. wird verdächtigt, auf de Vries geschossen zu haben. Der 35 Jahre alte Pole Kamil E. soll den Fluchtwagen gefahren haben. Beide Männer haben eine kriminelle Vorgeschichte.

Dauerhaften Polizeischutz lehnte de Vries ab

Delano G. ist Cousin ersten Grades eines Straftäters, der 2019 für die Vorbereitung von Morden verurteilt wurde. Die Ermittler schreiben den Auftrag dem Rauschgift Händler Ridouan Taghi zu, dem in Amsterdam mit weiteren Angeklagten der Prozess wegen sechs weiterer Auftragsmorde gemacht wird. Vermutet wird, dass Taghi auch hinter dem Mord an de Vries stecken könnte. Der Journalist war seit Mitte 2020 Vertrauensperson des Kronzeugen in diesem Verfahren, Nabil B. Dessen früherer Anwalt und Bruder waren ebenfalls ermordet worden.

De Vries hatte 2019 offenbart, dass er auf einer Todesliste Taghis stehe. Der wiederum versicherte ihm damals brieflich, dass er nichts zu befürchten habe – das war allerdings, bevor de Vries zur Vertrauensperson des Kronzeugen gegen Taghi wurde. Dauerhaften Polizeischutz lehnte der Journalist ab. Allerdings wurde immer wieder darüber mit den Sicherheitsorganen verhandelt, wie ein Anwalt Nabil B.s am Montag im Sender NPO berichtete. „Die Gespräche verliefen nicht immer harmonisch“, sagte Peter Schouten. Außerdem habe der Staat immer eine Sorgfaltspflicht, falls es Hinweise auf eine konkrete Bedrohung gebe.

„Angriff auf die Pressefreiheit und den Rechtsstaat“

Der Angriff auf de Vries versetzte die Niederlande in einen Schockzustand, die Regierung und sogar König Willem-Alexander sprachen von einem Angriff auf die Pressefreiheit und den Rechtsstaat. Die Tat ereignete sich im Herzen Amsterdams, in einer belebten Straße mit zahlreichen Bars und Restaurants. Gleich um die Ecke liegt der Leidseplein, wo de Vries Gast der Sendung RTL Boulevard war. Der Täter lauerte ihm auf dem Rückweg zu seinem Wagen auf.

An der Stelle des Angriffs haben Tausende Menschen seit voriger Woche Blumen und persönliche Würdigungen niedergelegt. De Vries hatte sich in seiner langen Laufbahn auf ungelöste Kriminalfälle spezialisiert und sich immer wieder persönlich für Angehörige eingesetzt. Zuletzt hatte er ein Crowdfunding organisiert, um das Schicksal eines 18 Jahre alten Mädchens aufzuklären, das vor 28 Jahren nach einer Studentenparty spurlos verschwunden ist. Am Dienstag wurde die Marke von einer Million Euro überschritten, die de Vries für entscheidende Hinweise ausloben wollte.

De Vries hatte 1978 als Reporter bei der Boulevardzeitung De Telegraaf begonnen und sich schnell auf Kriminalfälle spezialisiert. Einem großen Publikum wurde er 1987 mit seinem Buch über die Entführung des Brauereibesitzers Freddy Heineken bekannt. In dem Bestseller, der später verfilmt wurde, beschrieb er die Tat aus der Sicht der beiden Entführer; mit einem von ihnen hatte er sich angefreundet. Im selben Jahr wurde de Vries Chefredakteur der Wochenzeitung Aktueel, bevor er sich 1991 selbständig machte. Von 1995 bis 2012 wurde seine Fernsehsendung „Peter R. de Vries, Kriminalreporter“ ausgestrahlt, die teils hohe Quoten erreichte und ausgezeichnet wurde. Darin ging er ungelösten Fällen nach und setzte verdeckte Kameras ein, um Täter zu überführen. Nach dem Ende der Sendung war oft zu Gast in Talkshows und Magazinen – wie an jenem Dienstag voriger Woche, der ihm zum Verhängnis wurde.

(Quelle: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/journalist-peter-de-vries-gestorben-nach-anschlag-in-niederlanden-17438969.html> 15.07.2021)

Anhang 2: Zeitungsartikel aus dem *Standard*

Artikel 1:

Nach Attentat in Haiti: Übergangs-Präsident Lambert vom Senat gewählt

Es ist unklar, ob Lambert tatsächlich Nachfolger des ermordeten Jovenel Moïse wird. USA kündigen Entsendung von FBI-Ermittlern nach Haiti an

Port-au-Prince – Haitis Senat hat seinen bisherigen Präsidenten Joseph Lambert zum Übergangs-Nachfolger des ermordeten Staatspräsidenten Jovenel Moïse gewählt. "Ich spreche den politischen Institutionen, die mich unterstützen, meine bescheidene Dankbarkeit aus", schrieb Lambert am Freitagabend (Ortszeit) auf Twitter. Er wolle den Weg für einen demokratischen Machtwechsel ebnen. Im September sind in Haiti Präsidenten- und Parlamentswahlen geplant. Allerdings ist der Senat – das Oberhaus des haitianischen Parlaments – seit Jänner 2010 nicht mehr beschlussfähig. Es war daher zunächst unklar, ob Lambert tatsächlich das Amt antreten kann. Weil eine für Oktober 2019 vorgesehene Parlamentswahl unter anderem wegen heftiger Proteste gegen Moïse ausgefallen war, gibt es nur noch 10 von 30 Senatoren, deren Amtszeiten nicht abgelaufen sind. Im Unterhaus, der Abgeordnetenversammlung, sitzt niemand mehr. Acht der zehn Senatoren stimmten Medienberichten zufolge für Lambert, zwei enthielten sich.

Ariel Henry soll Interims-Premier werden

Zuvor hatten sich am Freitag mehrere politische Akteure in dem Karibikstaat, der sich die Insel Hispaniola mit der spanischsprachigen Dominikanischen Republik teilt, auf Lambert als Interims-Staatschef geeinigt. Das geht aus einem Schreiben hervor, das von Vertretern mehrerer Parteien und Bewegungen unterschrieben wurde – darunter auch der konservativen PHTK, der Moïse angehörte. Es fehlten aber auch Unterschriften einiger wichtiger Kräfte. Interims-Premierminister und damit Regierungschef soll demnach der Neurochirurg Ariel Henry werden. Diesen hatte Moïse noch am Montag für das Amt ernannt.

Henrys für Mittwoch geplante Vereidigung war nach dem Attentat aber ausgefallen. Der Außenminister und bisherige Interims-Premierminister Claude Joseph erklärte sich zum amtierenden Interims-Regierungschef. Als solcher hielt er in den vergangenen Tagen Ansprachen an die Nation, unterzeichnete Erlasse und führte Gespräche mit Vertretern ausländischer Regierungen. In einem Interview der haitianischen Zeitung "Le Nouvelliste" sagte Henry, seiner Ansicht nach sei er Premierminister – nicht Joseph.

USA lehnen militärische Hilfe ab

Haitis Regierung bat unterdessen um die Entsendung von UN- und US-Truppen, um nach der Ermordung von Präsident Moïse strategisch wichtige Orte sichern zu können. Die Bitte sei während eines Gesprächs mit dem US-Außenminister und der UNO geäußert worden, sagte der für Wahlanglegenheiten zuständige Minister Mathias Pierre am Freitag.

Pierre sagte der Nachrichtenagentur AFP, die ausländischen Soldaten sollten unter anderem zur Sicherung der Häfen und des Flughafens eingesetzt werden. Befürchtet werde, dass "Söldner Infrastruktur zerstören könnten, um Chaos zu verursachen".

Die USA wollen indes laut einem Bericht der "New York Times" derzeit keine Truppen nach Haiti schicken. "Es gibt zur Zeit keine Pläne, US-Militärhilfe zu leisten", sagte ein hochrangiger US-Regierungsbeamter der Zeitung in einem am Freitag (Ortszeit) erschienenen Artikel. Nach dem Mordanschlag auf den haitianischen Präsidenten Moïse sollen aber US-Behörden bei den Ermittlungen helfen. Washington werde auf Bitten aus Port-au-Prince Beamte der US-Bundespolizei FBI sowie des Heimatschutzministeriums "so bald wie möglich" in den Karibikstaat schicken, hatte die Sprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, gesagt.

Die UNO äußerte sich zunächst nicht zu der Bitte aus Port-au-Prince. Aus Diplomatenskreisen hieß es jedoch, dass es vor einer Entsendung von UN-Truppen nach Haiti eine entsprechende Resolution des UN-Sicherheitsrats geben müsse.

Suche nach Hintermännern des Mordes läuft

Derweil läuft die Suche nach den Hintermännern des Mordes an Moïse weiter. Der 53 Jahre alte Staatschef war in der Nacht auf Mittwoch in seiner Residenz überfallen und erschossen worden. Seine Ehefrau Martine wurde dabei schwer verletzt. Sie wird in den USA behandelt. Nach Polizeiangaben war ein Killerkommando aus "26 Kolumbianern und zwei US-Bürgern haitianischer Herkunft" an dem Attentat beteiligt.

Fast 20 Verdächtige wurden festgenommen. Drei wurden erschossen, fünf weitere waren nach offiziellen Angaben vom Freitag noch auf der Flucht. Die Mitglieder von Moïses Sicherheitsteam erhielten gerichtliche Vorladungen.

Laut Kolumbiens Polizeichef Jorge Luis Vargas waren vermutlich 17 der kolumbianischen Beteiligten ehemalige Armeemitglieder. Kolumbiens Verteidigungsminister Diego Molano erklärte, er habe Polizei und Armee angewiesen, mit den haitianischen Behörden zusammenzuarbeiten.

Unsicherheit und Ausschreitungen

International hatte der Anschlag Furcht vor einem weiteren Abgleiten des von Instabilität und Armut geprägten Karibikstaats in Gewalt ausgelöst. Auch in Port-au-Prince waren die Ängste vieler Menschen am Freitag greifbar. In den Supermärkten standen die Menschen Schlange für Grundnahrungsmittel und Propangas.

In Haiti nimmt seit Jahren die Gewalt durch bewaffnete Banden zu. Auch am Freitag kam es wieder zu Ausschreitungen zwischen verschiedenen Gruppen, die den Verkehr auf einer wichtigen Hauptverkehrsstraße lahmlegten. Der infolge des Präsidentenmordes zunächst geschlossene Flughafen von Port-au-Prince war laut der Website Flightradar am Freitag aber offen.

Zur grassierenden Gewalt hinzu kommen die institutionelle und politische Krise in dem Land. Seit seinem Amtsantritt 2017 hatte Moïse keine Wahlen organisiert, das Parlament ist bereits seit mehr als einem Jahr handlungsunfähig. (Quelle: <https://www.derstandard.at/story/2000128104771/nach-attentat-in-haiti-uebergangs-praesident-lambert-vom-senat-gewaehlt> 13.07.2021)

Artikel 2:

Gewalt auf Südafrikas Straßen nach Zumas Haftantritt

Die Inhaftierung des Ex-Präsidenten Jacob Zuma wird als Vorwand für Ausschreitungen und Plünderungen genutzt. Nun ist sogar die Armee im Einsatz

Szenen wie aus dem Bürgerkrieg. Auf der Autobahn zwischen Durban und Johannesburg zünden Mobs Lastwagen an – anderntags stehen die ausgebrannten Metallskelette wie nach einem Bombenangriff auf der Fahrbahn. Durch Johannesburgs Innenstadt ziehen hunderte wütende Männer: Sie werfen Steine auf Polizisten, plündern Geschäfte und geben gelegentlich Schüsse ab. In eine Klinik im Johannesburger Stadtteil Hillbrow wird ein sechs Monate altes Kind mit einem Kopfschuss eingeliefert, ein Mann stirbt an den Folgen mehrerer Messerstiche, zwischen den Patienten brechen Schlägereien aus. "Es ist ein Albtraum", sagt der Arzt Suhayi Essa zu einem Reporter von "News24": "Hier geht es zu wie im Krieg."

Auch am fünften Tag nach der Verhaftung Jacob Zumas halten in mehreren südafrikanischen Städten schwere Unruhen an: Erstmals sandte die Regierung am Montagmittag auch die Armee in die Zentren der Gewalt. Die Welle der Ausschreitungen wird mit der Festnahme des ehemaligen Präsidenten in Verbindung gebracht, der sich am Donnerstag freiwillig zum Antritt seiner 15-monatigen Haftstrafe in der Polizeistation eingefunden hat.

Nach Verhaftung Zumas

Am Freitagabend brachen in der Provinz KwaZulu/Natal, aus der der 79-jährige Zuma stammt, die ersten Unruhen aus: Sie griffen am Wochenende auch auf Johannesburg über. Dort standen die sogenannten "Hostels" im Mittelpunkt der Gewalt: Wohnheime für Wanderarbeiter aus der Provinz KwaZulu/Natal, von der schon seit Jahrzehnten regelmäßig Gewalt ausgeht. Die Polizei wagt sich höchstens mit Unterstützung der Armee in die Hostels, deren Bewohner teilweise auch mit automatischen Gewehren bewaffnet sind. Auch bei den Straßenschlachten im alten Geschäftszentrum von Johannesburg sahen sich die Ordnungshüter am Wochenende immer wieder zum Rückzug gezwungen.

Sowohl in Kwa-Zulu/Natal wie auch in Johannesburg sollen bisher mindestens sechs Menschen ums Leben gekommen sein. Die Polizei verhaftete nach eigenen Angaben inzwischen über 100 Personen. Der bisherige Sachschaden soll sich auf hunderte Millionen von Rand, zig Millionen an Euro, belaufen. Staatspräsident Cyril Ramaphosa forderte am Sonntagabend in einer Fernsehansprache ein sofortiges Ende der Gewalt: "Einige von euch mögen wütend oder gekränkt sein", sagte der Regierungschef unter Anspielung an Zumas Verhaftung: "Das rechtfertigt jedoch unter keinen Umständen derartig brutale Gewaltaktionen."

Gewaltpotenzial in Hostels

Anhänger des Ex-Präsidenten hatten vor dessen Verhaftung immer wieder mit einem Aufstand der Bevölkerung gedroht. Als Zuma in der Nacht zum Donnerstag freiwillig seine Haft antrat, kam es allerdings zu keinen Protesten seiner Anhänger. Die Unruhen seien mit Zumas Verhaftung nur bedingt in Zusammenhang zu bringen, heißt es in der südafrikanischen Presse. Sowohl auf den Autobahnen der Provinz KwaZulu/Natal als auch in der Umgebung der Hostels in Johannesburg war es in der Vergangenheit bereits öfter zu gewalttätigen Ausschreitungen vor allem gegenüber Ausländern gekommen. Dabei wurden regelmäßig Geschäfte geplündert und von ausländischen Fahrern chauffierte Lastwagen angezündet. Zumas Haftantritt habe den plündernden Hooligans nur als Vorwand gedient, heißt es in Johannesburg.

Ernsthafte Auswirkungen auf die südafrikanische Politik werden von der Gewaltwelle nicht erwartet. Die chaotischen Ausschreitungen wirkten sich auf den regierenden Afrikanischen Nationalkongress (ANC) eher vereinigend aus, meinen Fachleute: Die gesamten ANC-Politiker sei sich darin einig, dass den Unruhen nur mit staatlicher Gewalt begegnet werden könne.

Überprüfung der Haftstrafe

Innerhalb der Regierungspartei habe Zuma nun auch noch den letzten Rest seiner Sympathien verspielt. Ob das Militär bei der Bekämpfung der Unruhen erfolgreicher als die Polizei vorgeht, stand bis Redaktionsschluss noch nicht fest. Das Urteil des Verfassungsgerichts über einen Antrag Zumas zur Überprüfung seiner Haftstrafe wurde für Montagabend erwartet.

(Quelle: <https://www.derstandard.at/story/2000128144342/gewalt-auf-suedafrikas-strassen-nach-zumas-haftantritt> 13.07.2021)

Artikel 3:

Nach homophobem Angriff gestorben: Georgischer Journalist beerdigt

Die genaue Todesursache ist laut Behörden weiter unklar

Tiflis – Unter großer gesellschaftlicher Anteilnahme ist in Georgien ein Journalist beerdigt worden, der am Wochenende nach einem Angriff von homophoben Aktivisten gestorben war. Viele Menschen hätten den Sarg

Alexander Laschkarawas am Dienstag bei einem Trauerzug durch die Hauptstadt Tiflis begleitet, berichteten georgische Medien.

Laschkarawa wurde am Sonntag tot in seiner Wohnung gefunden – wenige Tage nachdem er vor einer geplanten Demo für die Rechte homosexueller und transgeschlechtlicher Menschen zusammengeschlagen worden war.

Angriffe auf Medienvertreter

Die genaue Todesursache war laut Behörden weiter unklar. Laschkarawas Angehörige gehen fest von einem Zusammenhang mit der Attacke aus. Der TV-Reporter war Anfang vergangener Woche mit Frakturen im Gesicht und starken Schmerzen in ein Krankenhaus gebracht und einige Tage später entlassen worden. Im Streit um den geplanten "Marsch der Würde" waren an dem Tag in Tiflis mehr als 50 Journalisten von schwulen- und lesbenfeindlichen Aktivisten angegriffen und verletzt worden.

Nach Laschkarawas Tod protestierten tausende Georgier gegen die Regierung in Tiflis, die in der Kritik steht, die Rechte von Minderheiten nicht ausreichend zu schützen. Bei einer Veranstaltung am Montagabend wurden mehrere Journalisten vorübergehend festgenommen – darunter auch ein Reporter, der für die Deutsche Presse-Agentur arbeitet. Zwar strebt die Ex-Sowjetrepublik mit einer prowestlichen Politik in die EU, allerdings gibt es in dem Land mit einer einflussreichen orthodoxen Kirche starke konservative Kräfte, die sich schwertun mit liberalen Ideen.

(Quelle: <https://www.derstandard.at/story/2000128170500/nach-homophobem-angriff-gestorben-georgischer-journalist-beerdigt> 14.07.2021)

Artikel 4:

Vatikan macht Skandal-Kardinal Becciu den Prozess

Die vatikanische Justiz erhebt Anklage gegen neun Personen, darunter Kardinal Angelo Becciu. Es ist das erste Mal, dass einem Kardinal der Prozess gemacht wird

Geldwäsche, Erpressung, Betrug, Veruntreuung, Amtsmissbrauch, Urkundenfälschung: Es ist eine lange und unheilige Liste von Straftatbeständen, die das vatikanische Tribunal ab dem 27. Juli zu beurteilen hat. Ausführlich ist auch die Liste der Angeklagten: Insgesamt neun Personen müssen sich vor dem Gericht verantworten. Der prominenteste unter ihnen ist der 73-jährige Kardinal Angelo Becciu, ehemaliger Substitut des vatikanischen Staatssekretariats; ihm werden Veruntreuung und Amtsmissbrauch sowie Anstiftung zur Falschaussage vorgeworfen. Angeklagt ist unter anderem auch der Schweizer Finanzfachmann René Brühlhart, von 2012 bis 2019 Chef der vatikanischen Finanzaufsicht.

Bei dem Prozess im Vatikan geht es unter anderem um den Kauf einer luxuriösen Immobilie an der Sloane Avenue im vornehmen Londoner Stadtteil Chelsea, bei dem der Vatikan bis zu 100 Millionen Euro in den Sand gesetzt hat. Das Geschäft war heimlich unter der Regie von Becciu abgewickelt worden, als dieser noch die Nummer zwei im vatikanischen Staatssekretariat gewesen war. Die Ermittlungen hatten auch noch etliche andere Machenschaften ans Tageslicht gebracht. Unter anderem soll Becciu seinen Brüdern und seiner angeblichen Geliebten, einer selbsternannten "Geheimdienst-Expertin", Hunderttausende von Euro zugeschanzt haben. Becciu bezeichnet sich selber als unschuldig und als Opfer einer Intrige. Laut einem Zeugen soll er die vatikanischen Ermittler als "Schweine" bezeichnet haben.

Peterspfennig versickerte

Frivol wirkt das Finanzgebaren von Becciu und seinen ehemaligen Broker-Freunden innerhalb und außerhalb des Vatikans vor allem auch deshalb, weil zur Finanzierung der waghalsigen Geschäfte auch die Kasse des sogenannten Peterspfennig angezapft worden war, die durch Spenden von Gläubigen aus aller Welt gespeist wird. Giuseppe Pignatone, Präsident der vatikanischen Justiz und zuvor erfolgreicher Mafijäger in den Diensten des italienischen Staats, spricht von einem "faulen System", das durch die Komplizenschaft von Personen innerhalb des Vatikans möglich gemacht worden sei. Dieses "weit gespannte Netzwerk" habe den Vatikanfinanzen "spürbare Verluste zugefügt".

Spektakulär ist der Prozess nicht zuletzt auch deshalb, weil mit Becciu erstmals einem Kardinal durch das vatikanische Tribunal der Prozess gemacht wird. Möglich wurde dies dank eines päpstlichen Dekrets (Motu proprio) von Franziskus vom April dieses Jahres. Zuvor konnten Kardinäle und Bischöfe vaticanintern nur durch andere Kardinäle oder durch den Papst selber gerichtet werden. Der hochrangige Kurienkardinal Becciu war vom Papst im September 2020 Knall auf Fall von allen seinen Ämtern enthoben worden; gleichzeitig verlor er alle mit der Kardinalswürde verbundenen Privilegien.

Rundumschlag des Pontifex

Der 84-jährige Pontifex hatte es aber nicht mit der Entlassung Beccius bewenden lassen. Mit einem weiteren Motu vom vergangenen Dezember entzog er dem bisher allmächtigen Staatssekretariat jegliche finanzielle Autonomie. Die Superbehörde der römischen Kurie, zugleich Außen- und Innenministerium des Kirchenstaats, kann nun keinen Euro mehr ausgeben, ohne dass die interne Finanzkontrolle oder der Papst persönlich ihren Segen dazu geben. Alle Konten des Staatssekretariats bei der Vatikanbank IOR, aber auch alle Auslandkonten, wurden aufgehoben und die Guthaben an die vatikanische Vermögensverwaltung Apsa (Amministrazione del Patrimonio della Sede Apostolica) übertragen. Diese war zuvor hauptsächlich für die Verwaltung des immensen Immobilienvermögens des Vatikans zuständig gewesen.

Die Entmachtung des Staatssekretariats und die Neuordnung der vatikanischen Finanzen war die bisher wichtigste Reform von Papst Franziskus: Der Argentinier war im Konklave von 2013 vor allem von den nicht-italienischen Kardinälen gewählt worden, weil sie ihm zutrauten, die Kurie auszumisten und deren Finanzgebaren transparenter und nicht zuletzt auch wieder christlicher zu gestalten. Das päpstliche Dekret enthält eine Reihe weiterer Normen und Weisungen, die zum mehr Transparenz in den vatikanischen Finanzen führen sollen.

(Quelle: <https://www.derstandard.at/story/2000127937904/vatikan-macht-skandal-kardinal-becciu-den-prozess> 14.07.2021)

Artikel 5:

Rechtspopulistin Le Pen bei Parteitag im Amt bestätigt

Die 52-Jährige sicherte sich bei der Wahl ohne Gegenkandidaten ihr viertes Mandat und wird für das Präsidentenamt kandidieren

Perpignan – Zehn Monate vor der Präsidentschaftswahl in Frankreich hat Parteichefin Marine Le Pen den rechtspopulistischen Rassemblement National (RN, Nationale Sammlungsbewegung) auf den Wahlkampf eingestimmt. Auf dem Parteitag in Perpignan rief sie die rund tausend Delegierten am Sonntag auf, bei der Wahl 2022 "den Sieg zu holen". Zuvor war die 52-Jährige mit gut 98 Prozent der Stimmen für ihre vierte Amtszeit an der Parteispitze wiedergewählt worden. Gegenkandidaten gab es nicht.

"Marine – Präsidentin", jubelten die Delegierten in Perpignan. Auf die herbe Wahlschlappe des RN bei den jüngsten Regionalwahlen ging Le Pen nicht ein. Stattdessen kritisierte sie "das immer schwerer werdende Joch" der EU und deren "Überschwemmungspakt" durch die Migration.

Schlappe bei Regionalwahlen

Le Pen steht seit 2011 an der Spitze des früheren Front National, der sich 2018 in Rassemblement National (RN) umbenannt hatte. Bei den Regionalwahlen im Juni war der RN trotz guter Umfragewerte leer ausgegangen und konnte keine einzige Region für sich entscheiden. Le Pens Partei büßte 30 Prozent ihrer Wähler ein.

Die Parteichefin geriet deshalb in Erklärungsnot. Die RN-Führung machte die niedrige Wahlbeteiligung für die Wahlschlappe verantwortlich. Doch einige Anhänger stellten auch Le Pens "Normalisierungs"-Strategie in Frage. Mit dieser Taktik ist die 52-Jährige seit Jahren bemüht, sich vom rechtsextremen Erbe ihres Vaters Jean-Marie Le Pen zu distanzieren und den RN als bürgerliche politische Kraft zu etablieren.

"Kein Rückzieher"

In ihrer Rede am Sonntag stellte die Parteichefin klar, dass sie an ihrem Kurs festhält: "Wir kehren nicht zum Front National zurück." Sie wolle die Partei weiterhin "allen politischen Kräften öffnen", bekräftigte Le Pen. "Wir machen keinen Rückzieher. Mit allem Respekt für unsere eigene Geschichte, wir kehren nicht zum Front National zurück", sagte sie.

Die Partei habe sich "von einer politischen Unreife befreit, die mit nationalen Ambitionen wenig kompatibel" sei und die "nötigen Qualitäten einer Regierungspartei" erlangt, fügte Le Pen hinzu. Sie erinnerte zudem an die Wiederwahl Dutzender RN-Bürgermeister im vergangenen Jahr.

Zu Le Pens erstem Stellvertreter wurde beim Parteitag erneut der 25-jährige Jordan Bardella gewählt, der die 52-Jährige damit voraussichtlich ab September an der Spitze der Partei vertreten wird. Le Pen will ihr Amt während des Präsidentschaftswahlkampfes ruhen lassen.

Die Partei ist seit den 80er Jahren zu einer einflussreichen politischen Kraft geworden, konnte aber nie einen größeren Sieg einfahren – nicht zuletzt deshalb, weil die anderen Parteien sich gegen sie zusammenschlossen, wenn es darauf ankam. Bei der Präsidentschaftswahl 2017 schaffte Le Pen es in die zweite Wahlrunde, unterlag jedoch dem Liberalen Emmanuel Macron.

Zweite Runde laut Umfragen möglich

Laut Umfragen könnte Le Pen sich auch bei der nächsten Präsidentschaftswahl wieder für die zweite Runde qualifizieren und dort erneut auf Macron treffen. Doch diese Prognose gilt längst nicht mehr als ausgemachte Sache, denn auch Macrons Regierungspartei La République en Marche (LREM) schnitt bei den Regionalwahlen unerwartet schlecht ab. Macron hat sich zu einer möglichen Kandidatur noch nicht geäußert.

Ein starker Kandidat des konservativen Lagers könnte den beiden noch gefährlich werden. Der frühere Gesundheitsminister Xavier Bertrand hat seine Ambitionen auf eine Kandidatur bereits angekündigt. Allerdings sieht er sich im konservativen Lager mehreren Herausforderern im Ringen um die Kandidatur gegenüber.

Experten zufolge besteht die größte Herausforderung für den RN darin, die Politikverdrossenen an die Wahlurnen zu locken. "Sie gehen nicht mehr wählen, nur um auszudrücken, dass sie unzufrieden sind", sagte der Soziologe Erwan Lecoœur dem Sender France Info. Und so warb Le Pen am Sonntag auch um die Stimmen der "Gelbwesten", die 2018 und 2019 wochenlang gegen die Regierung demonstriert hatten.

(Quelle: <https://www.derstandard.at/story/2000127935242/le-pen-als-chefin-des-rassemblement-national-wiedergewahlt> 14.07.2021)

Artikel 6:

Journalist de Vries nach Anschlag in Niederlanden gestorben

Der Kriminalreporter war am 6. Juli in Amsterdam auf offener Straße niedergeschossen worden. Nun erlag der 64-Jährige seinen Verletzungen

Der prominente niederländische Kriminalreporter Peter R. de Vries ist knapp zehn Tage nach dem Mordanschlag auf ihn in Amsterdam seinen schweren Verletzungen erlegen. Das teilte seine Familie am Donnerstag mit. Der 64-Jährige war am 6. Juli beim Verlassen eines TV-Studios beim Leidseplein im Zentrum der Hauptstadt auf offener Straße niedergeschossen und schwer verletzt worden. "Peter hat bis zum Ende gekämpft, aber diesen Kampf konnte er nicht gewinnen", teilte die Familie mit. Kollegen und Politiker reagierten bestürzt auf den Tod des bekannten Reporters.

Festnahmen

Der Mordanschlag hat die Niederlande zutiefst geschockt und war auch international mit Entsetzen aufgenommen worden. Zwei Männer, ein 35-jähriger Pole mit Wohnsitz im Ort Maurik im Südosten des Landes sowie ein 21 Jahre alter Rotterdamer, waren kurz nach der Tat festgenommen worden. Einer von ihnen soll der Schütze sein. Die Polizei hatte sich bisher nicht zu Hintergründen der Tat geäußert. Vieles deutet jedoch daraufhin, dass der Mord mit der Arbeit des Reporters in Verbindung steht.

De Vries war aktuell Vertrauensperson des Kronzeugen eines großen Strafprozesses gegen eine Drogenbande. Der Bruder des Kronzeugen sowie auch sein Verteidiger waren bereits 2019 ermordet worden. Auch der Reporter war bedroht worden. Doch er hatte Personenschutz abgelehnt.

Politiker aus dem In- und Ausland hatten die Tat als Anschlag auf den Rechtsstaat und den Journalismus scharf verurteilt. Medienverbände verlangten die rückhaltlose Aufklärung.

Emmy-Preisträger

De Vries war fast 30 Jahre lang der führende Kriminalreporter der Niederlande und oft auch als Sprecher von Opfern oder Zeugen bei Prozessen aufgetreten. Regelmäßig war er Gast bei TV-Talkshows.

International bekannt wurde der Reporter 1987 mit seinem Bestseller über die Entführung des Bierbrauers Freddy Heineken. 2008 gewann er einen Emmy Award für seine Reportagen über den Fall von Natalee Holloway. Die Amerikanerin war 2005 auf Aruba verschwunden und vermutlich von einem Niederländer getötet worden.

(Quelle: <https://www.derstandard.at/story/2000128211546/journalist-de-vries-nach-anschlag-in-niederlanden-gestorben> 15.07.2021)

Anhang 3: Zeitungsartikel aus dem *Bund*

Artikel 1:

Rumpf-Senat wählt nach Attentat Übergangspräsidenten

Die Hintergründe des Attentats auf Haitis Präsident Jovenel Moïse sind noch immer unklar. Die Behörden machen 28 Ausländer für den Mord verantwortlich.

Haitis Senat hat seinen bisherigen Präsidenten Joseph Lambert zum Übergangs-Nachfolger des ermordeten Staatspräsidenten Jovenel Moïse gewählt. «Ich spreche den politischen Institutionen, die mich unterstützen, meine bescheidene Dankbarkeit aus», schrieb Lambert am Freitagabend auf Twitter. Er wolle den Weg für einen demokratischen Machtwechsel ebnen. Im September sind in Haiti Präsidenten- und Parlamentswahlen geplant.

Allerdings ist der Senat – das Oberhaus des haitianischen Parlaments – seit Januar 2020 nicht mehr beschlussfähig. Es war daher zunächst unklar, ob Lambert tatsächlich das Amt antreten kann. Weil eine für Oktober 2019 vorgesehene Parlamentswahl unter anderem wegen heftiger Proteste gegen Moïse ausgefallen war, gibt es nur noch 10 von 30 Senatoren, deren Amtszeiten nicht abgelaufen sind. Im Unterhaus, der Abgeordnetenversammlung, sitzt niemand mehr. Acht der zehn Senatoren stimmten Medienberichten zufolge für Lambert, zwei enthielten sich.

Zuvor hatten sich am Freitag mehrere politische Akteure in dem Karibikstaat, der sich die Insel Hispaniola mit der Dominikanischen Republik teilt, auf Lambert als Interims-Staatschef geeinigt. Das geht aus einem Schreiben hervor, das von Vertretern mehrerer Parteien und Bewegungen unterschrieben wurde – darunter auch der konservativen PHTK, der Moïse angehörte. Es fehlten aber auch Unterschriften einiger wichtiger Kräfte. Interims-Premierminister und damit Regierungschef soll demnach der Neurochirurg Ariel Henry werden. Diesen hatte Moïse noch am Montag für das Amt ernannt.

Henrys für Mittwoch geplante Vereidigung war nach dem Attentat aber ausgefallen. Der Außenminister und bisherige Interims-Premierminister Claude Joseph erklärte sich zum amtierenden Interims-Regierungschef. Als solcher hielt er in den vergangenen Tagen Ansprachen an die Nation, unterzeichnete Erlasse und führte Gespräche mit Vertretern ausländischer Regierungen. In einem Interview der haitianischen Zeitung «Le Nouvelliste» sagte Henry, seiner Ansicht nach sei er Premierminister – nicht Joseph.

Elf Festnahmen auf taiwanischer Botschaft

«Es war ein Kommando von 28 Angreifern, darunter 26 Kolumbianer, die die Operation zur Ermordung des Präsidenten durchführten», sagte Polizeichef Charles. 15 der kolumbianischen Staatsbürger sowie zwei US-Bürger mit haitianischen Wurzeln wurden demnach festgenommen, drei Kolumbianer getötet. Acht Angreifer befanden sich noch auf der Flucht. Die Polizei hatte am Mittwoch zunächst von vier erschossenen «Söldnern» gesprochen.

Nach Angaben Taiwans wurden elf Verdächtige im Zusammenhang mit dem Mord auf dem taiwanischen Botschaftsgelände in Port-au-Prince festgenommen. «Eine Gruppe bewaffneter Männer» sei am Donnerstagmorgen in die diplomatische Vertretung Taiwans eingedrungen, sagte eine Sprecherin des Außenministeriums in Taipeh am Freitag der Nachrichtenagentur AFP.

Laut Kolumbiens Polizeichef Jorge Luis Vargas waren vermutlich 17 der kolumbianischen Beteiligten ehemalige Mitglieder der nationalen Armee. Sie hätten den Dienst zwischen 2018 und 2020 quittiert, sagte Vargas auf einer Pressekonferenz am Freitag. Weitere Angaben zu den Männern oder dem Grund ihres Ausscheidens aus der Armee machte er nicht. Kolumbiens Verteidigungsminister Diego Molano erklärte, er habe Polizei und Armee angewiesen, mit den haitianischen Behörden zusammenzuarbeiten.

USA helfen bei Ermittlungen

Ein Sprecher des US-Außenministeriums bestätigte, dass Haiti Unterstützung bei den Ermittlungen angefragt habe. «Die USA werden darauf eingehen», sagte er. Das Ministerium äusserte sich jedoch nicht zu Festnahmen von US-Bürgern.

Moïse war in der Nacht zu Mittwoch in seinem Haus in Port-au-Prince erschossen worden. Seine Frau Martine, die bei dem Attentat verletzt wurde, wurde zur Behandlung nach Miami in den USA ausgeflogen. Sie sei ausser Lebensgefahr, sagte Regierungschef Joseph am Mittwochabend im Fernsehen.

Josephs Kabinett rief nach dem Attentat im ganzen Land den Ausnahmezustand aus. Die Regierung bekommt damit für zwei Wochen zusätzliche Befugnisse. Nun droht das Land mit seinen elf Millionen Einwohnern weiter in politisches Chaos abzugleiten, denn die Ablösung des Regierungschefs war bereits geplant.

Parlament nicht handlungsfähig

Eine der letzten Amtshandlungen des getöteten Präsidenten war die Ernennung von Ariel Henry zum neuen Ministerpräsidenten. Er sollte ursprünglich in den nächsten Tagen Joseph ablösen.

De facto haben weder Joseph noch Henry die volle Legitimität. Für den Fall, dass der Präsident ausfällt, sieht die haitianische Verfassung vor, dass der Machtübergang unter der Kontrolle des Parlaments erfolgt. Dieses ist jedoch seit über einem Jahr nicht mehr handlungsfähig, da die Parlamentswahl unter anderem wegen Protesten gegen Moïse im Streit um das Ende seiner Amtszeit mehrfach verschoben worden war. Der 53-Jährige hatte das Land deshalb zuletzt per Dekret regiert.

International löste der Anschlag auf Moïse Entsetzen und Befürchtungen eines weiteren Abgleiten des Landes in Gewalt aus.

(Quelle: <https://www.derbund.ch/28-auslaender-fuer-praesidentenmord-verantwortlich-gemacht-803485102696>
13.07.2021)

Artikel 2:

Regierung schickt Soldaten nach Johannesburg

In Südafrika protestieren Tausende Anhänger von Ex-Präsident Jacob Zuma gegen seine Inhaftierung. Nun sollen Soldaten für Ruhe sorgen.

«Es fühlte sich an wie Krieg», sagte Suhayl Essa, einer von zwei Ärzten der Hillbrow-Klinik im Zentrum Johannesburgs. Das Krankenhaus war am Sonntagmittag schon voller Patienten, viele von ihnen mit Covid-19-Symptomen, als Dutzende Verletzte ins Krankenhaus stürmten. Eine Mutter mit ihrem sechs Monate alten Kind, das eine Gummikugel am Kopf getroffen hatte, viele Menschen mit Stichwunden. «Es war ein Albtraum, wir sind nicht mehr hinterhergekommen, so viele verletzte Patienten kamen», sagte Essa dem Nachrichtenportal News24.

Was der Arzt als Kriegszustand empfand, versucht die südafrikanische Regierung nun mit Hilfe der Armee unter Kontrolle zu bringen, die am Montag in verschiedene Regionen der Provinzen Gauteng und KwaZulu-Natal entsandt wurde, um die gewaltsamen Proteste und Plünderungen zu beenden, die Teile Südafrikas seit Samstag erschütterten. Sechs Menschen sind bei Ausschreitungen bisher ums Leben gekommen, Hunderte wurden verhaftet.

In den Innenstädten von Johannesburg und Durban wurden Geschäfte geplündert und Gebäude angezündet, auf den Autobahnen setzten Anhänger von Ex-Präsident Jacob Zuma Lkws in Brand und nahmen die Polizei unter Beschuss. Auslöser der Ausschreitungen war die Verurteilung des früheren Präsidenten zu einer Gefängnisstrafe von 15 Monaten, die Zuma am Mittwoch angetreten hatte. Das höchste Gericht des Landes hatte Zuma verurteilt, weil er nicht zur Aussage vor jener Kommission erschienen war, welche die Korruption seiner fast zehnjährigen Amtszeit untersucht. Zuma und seine Verbündeten in der Regierungspartei ANC hatten bis 2018 in fast allen staatlichen Unternehmen vom Energieversorger Eskom bis zur Fluglinie South African Airways Milliarden durch fingierte Aufträge oder plumpen Diebstahl abgezweigt. Sein Nachfolger Cyril Ramaphosa hatte bei seinem Amtsantritt 2018 der Korruption den Kampf angesagt.

Dennoch gab es lange keine Konsequenzen, obwohl südafrikanische Medien über Jahre detaillierte Belege für die kriminellen Machenschaften gesammelt hatten. Die unter Zuma demoralisierten und fast zerschlagenen Strafverfolger kommen erst langsam wieder auf die Beine, die Verurteilung Zumas war nur der Anfang, gegen ihn und weitere Beschuldigte aus dem ANC laufen eine ganze Reihe Strafverfahren.

Die nun ausgebrochenen Proteste können als Machtprobe von Zuma und seinen Verbündeten mit dem Staat gewertet werden. Ob der Ex-Präsident sie aus dem Gefängnis selbst steuert, bleibt unklar, viele seiner Kinder feuern die Demonstranten und Gewalttäter aber in den sozialen Medien an, versuchen, die Gewalt als gerechtfertigte Reaktion auf die schwierige wirtschaftliche Lage vieler Menschen darzustellen. «Es gibt keinen Krieg. Unsere Leute haben Hunger und keine Jobs», twitterte Zumas Tochter Dudu.

Der Vater hatte sich besonders nach seiner Amtszeit als Kämpfer für eine ökonomische Neuverteilung der Reichtümer des Landes inszeniert, die hauptsächlich durch die Enteignung weisser Landbesitzer erreicht werden soll. Als Präsident war Zuma im Wesentlichen damit beschäftigt gewesen, dem Staat Milliarden zu stehlen, die dann für soziale Projekte fehlten. Dennoch hat er bis heute vor allem in der Provinz KwaZulu-Natal viele Anhänger. Dort gibt es die heftigsten Auseinandersetzungen und Plünderungen.

«Wie protestiert man gegen die Inhaftierung seines politischen Helden? Man folgt seinem Beispiel und plündert», schreibt der Autor Max du Preez auf Twitter. Mehrere Drogerieketten schlossen ihre Filialen und stellten auch die Corona-Impfungen ein. Südafrika steuert gerade auf den Höhepunkt der dritten Welle zu, viele Krankenhäuser sind überfüllt. Die Proteste betreffen bisher nur einen zwar wichtigen, aber kleinen Teil des Landes, drohen die Politik aber in einer schwierigen Phase zu lähmen. Präsident Cyril Ramaphosa rief die Zuma-Anhänger zur Ruhe auf. Viele derjenigen, die nun zur Gewalt greifen, fühlten «sich vom Prozess der Erneuerung bedroht». Der Kampf gegen die Korruption werde aber weitergehen.

(Quelle: <https://www.derbund.ch/regierung-schickt-soldaten-nach-johannesburg-728016378606> 13.07.2021)

Artikel 3:

Proteste gegen Regierung nach Tod von Kameramann

Georgische Journalisten wurden von schwulenfeindlichen Demonstranten verprügelt. Nun fordern tausende Menschen den Rücktritt von Irakli Garibaschwili und seiner Regierung.

Nach dem Tod eines Kameramanns, der bei Protesten von schwulenfeindlichen Demonstranten schwer verletzt worden war, haben in Georgien tausende Menschen den Rücktritt der Regierung gefordert. Am Sonntagabend versammelten sich rund 8000 Demonstranten vor dem Parlamentsgebäude in Tiflis, wie ein AFP-Reporter berichtete.

«Wir fordern den sofortigen Rücktritt von Irakli Garibaschwili und seiner Regierung, welche die Gewalt gegen Journalisten angeführt haben», sagte Oppositionsführer Nika Melia zu AFP bei der Kundgebung.

Der 37-jährige Alexander Laschkarawa, der für den unabhängigen Sender TV Pirweli arbeitete, war am Sonntagmorgen tot in seinem Bett gefunden worden, wie der Sender berichtete. Der Kameramann war am

vergangenen Montag von Gegendemonstranten verprügelt worden, die gegen einen Marsch der sogenannten LGBTQ-Bewegung protestierten. Laschkarawa erlitt Brüche der Gesichtsknochen.

Das Innenministerium kündigte eine Untersuchung zum Tod des 37-Jährigen an. Vier Verdächtige wurden wegen des Angriffs festgenommen.

50 Journalisten attackiert

Mehr als 50 Journalisten waren am Montag von den Gegendemonstranten physisch attackiert worden. Sie trugen nach Angaben der Organisation Reporter ohne Grenzen (RSF) unter anderem Knochenbrüche, Gehirnerschütterungen und Verätzungen mit Chemikalien davon. RSF warf den georgischen Behörden vor, nicht gegen die Angriffe eingeschritten zu sein und deshalb an den Verletzungen mitschuldig sein.

Vertreter unabhängiger georgischer Medien beschuldigten die Regierung von Ministerpräsident Garibaschwili, zur Gewalt gegen Journalisten anzustiften und solche Gewaltakte sogar selbst zu organisieren.

«Die Regierung ermutigt nicht nur zur Gewalt gegen Journalisten, sie ist Teil dieser Gewalt», sagte Nodar Meladse, Redaktionsleiter bei TV Pirweli, der Nachrichtenagentur AFP. Die Regierung habe gewalttätige Gruppen zusammengestellt, die unabhängige Medien physisch angriffen. Auch hätten Polizeikräfte wiederholt Journalisten attackiert.

Regierungschef Garibaschwili gegen Pride Parade

Am vergangenen Montag hatten die Organisatoren einer sogenannten Pride Parade in der Hauptstadt Tiflis den Umzug nach den gewaltsamen Angriffen auf Journalisten wie auch Aktivisten der LGBTQ-Bewegung abgesagt. Mehrere hundert Gegner der Parade hatten nahe des Parlaments der Kaukasusrepublik versammelt.

Bei den Pride-Umzügen wird rund um den Globus für die Rechte sexueller Minderheiten demonstriert. Die englische Abkürzung LGBTQ steht für lesbisch, schwul, bisexuell, transgender und queer.

Georgien gilt als sehr konservatives Land, die orthodoxe Kirche ist äusserst mächtig in der Kaukasusrepublik. Gegen die Pride Parade hatte sich auch Regierungschef Garibaschwili ausgesprochen.

(Quelle: <https://www.derbund.ch/proteste-gegen-regierung-nach-tod-von-kameramann-336015271491> 14.07.2021)

Artikel 4:

Erstmals macht der Vatikan einem Kardinal den Prozess

Eine Clique soll Millionen Euro in einem Immobiliendeal verzockt haben – nun kommt es zur Anklage. Im Fokus stehen Broker, Beamte, die «Dame des Kardinals» – und ein Schweizer Jurist.

«Ein faules, raffigieriges System» – so nennen die vatikanischen Ermittler die Machenschaften und unheiligen Netzwerke, die über etliche Jahre hinweg im Innern der Verwaltungszentrale der katholischen Weltkirche die Finanzen geführt haben. Im Zentrum des Skandals steht ein Geschäft mit einer Luxusimmobilie im Londoner Nobelviertel Chelsea über mehrere Hundert Millionen Euro, finanziert aus dem Peterspfennig, der eigentlich für karitative Zwecke gedacht ist. Am 27. Juli beginnt nun ein Prozess gegen zehn Personen, die zu dieser Clique gehört haben sollen. Es wird ihnen unter anderem Veruntreuung, Korruption, Erpressung, Geldwäsche, Amtsmissbrauch, Betrug und Dokumentenfälschung vorgeworfen. Zu den Angeklagten gehört auch ein Kardinal, und das hat es in der langen Geschichte des Vatikans noch nie gegeben.

Der sardische Kardinal Angelo Becciu, 73 Jahre alt, als Substitut des Staatssekretariats von 2011 bis 2018 einst eine der mächtigsten Figuren in der römischen Kurie, muss sich den Richtern stellen. Bisher war es immer so gewesen, dass Kardinäle sich im Zweifelsfall vor Amtskollegen oder vor dem Papst rechtfertigen mussten, was der ordentlichen Rechtsprechung natürlich eher hinderlich war. Franziskus hat nun aber seine Zustimmung gegeben, dass Becciu, dem er im vergangenen Herbst schon alle Ämter entzogen hatte, der Prozess im vatikanischen Tribunal gemacht wird. Becciu sagt von sich, er sei das «Opfer eines Komplotts», die Medien hätten ihn an den Pranger gestellt. «Der Prozess wird zeigen, dass ich immer treu und ehrlich gehandelt habe.»

Mysteriöse Razzia im Vatikan

Begonnen hat die Aufdeckung des Falls im Herbst 2019, mit einer spektakulären und mysteriösen Razzia im Vatikan. Fünf Mitarbeiter aus der Finanzverwaltung wurden suspendiert – warum genau, wurde nie öffentlich. Ein Jahr später traf es Becciu. Als Nummer 2 im Staatssekretariat hatte der jahrelang über einen schönen Teil der Finanzanlagen der Kirche verfügt und sich dabei auch auf dubiose Finanzjongleure und Broker verlassen.

Eigentlich hatte Becciu einst vorgehabt, in ein Ölprojekt in Angola zu investieren, wo er davor Nuntius gewesen war. Sein Berater Enrico Crasso, ein römischer Banker mit einem Fonds in der Schweiz, empfahl ihm stattdessen ein Grossinvestment in eine Immobilie. In der ehemaligen Lagerhalle des Kaufhauses Harrods an der Sloane Avenue 60 in London sollten Luxuswohnungen entstehen, die der Vatikan dann teuer an vermögende Menschen verkaufen würde. Das war der Plan, ein reichlich unorthodoxer für eine Kirche – und als Finanzanlage, wie sich herausstellen sollte, ein gigantisches Verlustgeschäft. Die Vermittler des Deals aber verdienten viel Geld. Ein Makler erhielt 40 Millionen Euro, ein Broker 15 Millionen. Die Liste ihrer Anklagepunkte ist besonders lang geworden.

Becciu selbst wird auch vorgeworfen, er habe seine drei Brüder mit Geldüberweisungen und lukrativen Aufträgen aus dem Vatikan beschert. Einer von ihnen betreibt eine Bierbrauerei, auch die erhielt Geld. In dem Verfahren wird auch eine Frau zitiert: Cecilia Marogna, 40 Jahre, aus Sardinien wie Becciu. In den italienischen Medien läuft sie unter dem Spitznamen «Dama del Cardinale».

Marogna sagt von sich, sie sei Geheimdienstexpertin. Sie soll sich Becciu als Mittlerin bei Geiselnahmen von Geistlichen angedient haben. Auf das Konto ihrer Briefkastenfirma in Slowenien flossen mindestens 575'000 Euro, einen hübschen Teil davon gab sie für Mode und Accessoires von Designern aus. Die vatikanischen Ankläger werfen ihr Veruntreuung vor.

Schweizer Jurist galt als Saubermann

Vorgeladen wird auch der Schweizer Jurist René Brülhart, der 2010 als Garant für mehr Transparenz vom damaligen Papst Benedikt XVI. in den Vatikan berufen worden war – als Chef der Finanzaufsicht. Unter Franziskus wechselte Brülhart in deren Verwaltungsrat. Er galt als Saubermann, nun bezichtigt man ihn des Amtsmissbrauchs. Brülhart sagt, der Prozess werde seine Unschuld beweisen, überdies gebe es da einen Verfahrensfehler, den er anfechten werde. Erwartet wird ein langer Prozess. Der Vatikan ist nicht sonderlich gut ausgerüstet für diese Art von Verfahren – und gar gänzlich unbedarft, wenn es ums Richten seiner hohen Prälaten geht.

(Quelle: <https://www.derbund.ch/erstmals-macht-der-vatikan-einem-kardinal-den-prozess-203339154599>
14.07.2021)

Artikel 5:

Die Provokateurin will an die Macht

Marine Le Pen will *Enfant terrible* bleiben – und Präsidentin Frankreichs werden. Zehn Monate vor der Wahl sendet die Rechtsextremistin widersprüchliche Signale.

Die Kulisse soll vom Erfolg erzählen. Zu seinem 17. Parteitag hat der Rassemblement National (RN) nach Perpignan ans Mittelmeer eingeladen. Dort stellt Louis Aliot seit 2020 den Bürgermeister – er ist der erste RN-Politiker, dem es gelang, eine 100'000-Einwohner-Stadt zu gewinnen. Nun stehen Aliot, seine Parteichefin Marine Le Pen und die anderen Spitzenmänner des RN an diesem Sonntagmorgen auf der Dachterrasse des Kongresszentrums von Perpignan. Aber der Erfolg fehlt, denn auch bei der zweiten Runde am vergangenen Sonntag gelang es den Rechtsextremen nicht, eine Region für sich zu gewinnen.

Für Le Pen ändert das nichts daran, dass sich der RN im unaufhaltsamen Aufstieg befinde. Tatsächlich sehen alle Umfragen auch nach der Regionalwahl Le Pen in der Stichwahl 2022 gegen Emmanuel Macron. «Auf den Marktplätzen haben mich alle nach der Präsidentschaftswahl gefragt», sagt Le Pen.

Weil sich bei den Regionalwahlen zwei Drittel der Wähler enthalten haben, gehe es nun darum, die Nichtwähler bei der Präsidentschaftswahl für den RN zu mobilisieren. Denn tatsächlich zeigen die Analysen nach den Regionalwahlen, dass vor allen Dingen die Rechtsextremen die Konsequenzen der niedrigen Beteiligung zu spüren bekamen. Die Protestwähler gaben nicht mehr Le Pen ihre Stimme, sie blieben zu Hause.

Le Pens Partei wird beliebig

Hat Le Pen durch ihre Strategie der «Entdiabolisierung» also Wähler verloren? Auch wenn sich auf den Listen für die Regionalwahl Neonazis befanden und auch wenn Einzelne wegen rassistischer und antisemitischer Äusserungen ihre Kandidatur zurückziehen mussten – der RN wirkt auf die Franzosen zunehmend wie eine Partei wie alle anderen. Das ist unter anderem das Ergebnis der verbalen Selbstzählung Le Pens.

Wobei sie am Sonntag im Gespräch mit Journalisten deutlich zeigte, wie bewusst ihr ist, dass ihr Erfolg darauf beruht, dass sie als eine Politikerin wahrgenommen wird, die «ausserhalb des Systems» steht. Sie müsse sich «fast bei ihren Konkurrenten bedanken», die Allianzen schlossen, um die Wahl von RN-Kandidaten zu verhindern. So könnte sie sich «das Argumentieren sparen». Schliesslich will Le Pen beweisen, dass sie nicht Teil der Eliten sei, gegen die sie routinemässig schimpft.

«Sie will diejenige sein, die «laut sagt, was alle leise denken».

Das Bild, das Le Pen zehn Monate vor der Präsidentschaftswahl von sich vermitteln will, ist widersprüchlich. Sie will einerseits das *Enfant terrible* der Politik bleiben, diejenige, die «laut sagt, was alle leise denken», so ein altes Mantra der Rechten. Tatsächlich gibt es kaum eine öffentliche Stellungnahme Le Pens, die man nicht auf die Faustregel reduzieren könnte: Ohne Ausländer hätten wir keine Probleme.

Nur will Le Pen sich anders als ihr offen faschistischer Vater, den sie aus der von ihm gegründeten Partei geworfen hat, nicht mehr mit der Rolle der Dauerprovokateurin zufriedengeben. Sie will an die Macht. Sie will beweisen, dass sie einen Staat führen kann. Und so klingt sie an diesem Sonntag auf einmal, als stünde nicht Macron, sondern sie vor der Wiederwahl. «Die Franzosen wollen nichts Neues, sie wollen keine Abenteuer», sagt Le Pen.

2017 habe Macron die Wahl gewonnen, weil die Menschen sich von seiner Jugend einen Neuanfang versprochen hätten. Doch nun wollten die Franzosen «Klarheit», sagt Le Pen. Und mit Klarheit meint sie: Le Pen. Also eine Frau, die vor ein paar Jahren noch aus dem Euro austreten wollte, inzwischen aber Teil der Europäischen Union bleiben möchte, um «das System von innen zu verändern». Sie sei eben «keine Ideologin, sondern Pragmatikerin», so Le Pen. Die Stabilität, für die Le Pen stehen will, zeigt sich bei diesem RN-Parteitag am eindrucklichsten personell. Frankreichs radikale Rechte wirkt wie ein grosses Familientreffen – immer die gleichen Gesichter. Le Pen selbst wird am Sonntag mit 98 Prozent der Mitgliederstimmen erneut als Parteivorsitzende bestätigt.

Auch im richtunggebenden Organ der Partei, dem Exekutivrat, ändert sich wenig. Allerdings finden sich nun unter den Mitgliedern des Exekutivrats – für den RN eine kleine Revolution – drei Frauen. Es sind die ersten Frauen in hervorgehobener Position in der Partei, die nicht Le Pen heissen. Die Parteichefin sprach von einer «Feminisierung»

der Partei, die «ohne jede Quote» erreicht worden sei. Möglicherweise um Platz für die Frauen zu schaffen, wurde der Mitgliederkreis des Exekutivrats erweitert. Statt wie bislang 10 zählt das Führungsorgan nun 15 Mitglieder. Worauf sich die Franzosen im kommenden Wahlkampf einzustellen haben, zeigte Le Pen in ihrer Abschlussrede des Parteitags am Sonntagnachmittag. Frisch als Parteichefin bestätigt, war es ihr erster Auftritt als offizielle Präsidentschaftskandidatin des RN. Le Pen machte dabei Anleihen beim amtierenden Präsidenten Macron, als sie ihre Politik ein «Projekt» nannte und die Franzosen zu Optimismus und Selbstbewusstsein aufforderte. Gleichzeitig bediente sie alte RN-Themen: Frankreichs Zivilisation stehe «kurz vorm Verschwinden», sagte Le Pen. Und: «Wir glauben nicht an die multikulturelle Gesellschaft, weil das eine Multi-Konflikt-Gesellschaft ist.» Le Pen versprach ein Migrationsreferendum, das «alle Aspekte des Problems» lösen solle, es drohe die Einwanderung von «70 Millionen Menschen nach Europa». Die zentralen Themen der Rede waren Sicherheit und Schutz der Bürger. Die EU zeichnete Le Pen dabei als totalitäre Repressionsmacht, von der «die Nationen befreit» werden müssten. Der RN sei «nach zehn Jahren Arbeit eine Regierungspartei» geworden, sagte Le Pen. 2011 hatte sie von ihrem Vater den Front National übernommen, den sie 2018 in Rassemblement National umbenannte. (Quelle: <https://www.derbund.ch/die-provokateurin-will-an-die-macht-605813275027> 14.07.2021)

Artikel 6:

Starreporter de Vries nach Mordanschlag gestorben

Der niederländische Kriminal-Journalist Peter R. de Vries ist seinen schweren Verletzungen erlegen. Der 64-Jährige war vergangene Woche auf offener Strasse in Amsterdam niedergeschossen worden.

Der prominente niederländische Kriminal-Reporter Peter R. de Vries (64) ist knapp zehn Tage nach dem Mordanschlag auf ihn in Amsterdam seinen schweren Verletzungen erlegen. Das teilte die Familie am Donnerstag in Amsterdam mit.

De Vries war am 6. Juli niedergeschossen worden. «Peter hat gekämpft bis zum Ende, aber er konnte den Kampf nicht gewinnen», heisst es in der Erklärung der Familie. Kollegen und Politiker reagierten bestürzt auf den Tod des bekannten Reporters.

Ein Mann hatte auf den Reporter auf offener Strasse mehrere Schüsse abgegeben, als er ein TV-Studio verlassen hatte. Der Mordanschlag hat die Niederlande zutiefst geschockt und war auch international mit Entsetzen aufgenommen worden.

Zwei Männer, ein 35-jähriger Pole mit Wohnsitz im Ort Maurik im Südosten des Landes, sowie ein 21 Jahre alter Rotterdamer waren kurz nach der Tat festgenommen worden. Einer von ihnen soll der Schütze sein. Die Polizei hatte sich bisher nicht zu Hintergründen der Tat geäussert. Vieles deutet jedoch daraufhin, dass der Mord in Verbindung steht mit der Arbeit des Reporters.

Reporter hatte Personenschutz abgelehnt

De Vries war aktuell Vertrauensperson des Kronzeugen eines grossen Strafprozesses gegen eine Drogenbande. Der Bruder des Kronzeugen sowie auch sein Verteidiger waren bereits 2019 ermordet worden. Auch der Reporter war bedroht worden. Doch er hatte Personenschutz abgelehnt.

Politiker aus dem In- und Ausland hatten die Tat als Anschlag auf den Rechtsstaat und den Journalismus scharf verurteilt. Medienverbände verlangten die rückhaltlose Aufklärung.

De Vries war fast 30 Jahre lang der führende Kriminalreporter der Niederlande und war oft auch als Sprecher von Opfern oder Zeugen bei Prozessen aufgetreten. Regelmässig war er Gast bei TV-Talkshows. International bekannt wurde der Reporter 1987 mit seinem Bestseller über die Entführung des Bierbrauers Freddy Heineken. 2008 gewann er einen Emmy Award für seine Reportagen über den Fall von Natalee Holloway. Die Amerikanerin war 2005 auf Aruba verschwunden und vermutlich von einem Niederländer getötet worden.

(Quelle: <https://www.derbund.ch/bericht-journalist-de-vries-gestorben-980793108246> 15.07.2021)

Sažetak i ključne riječi na hrvatskom jeziku

U ovom su radu pobliže opisani austrijacizmi, helvetizmi i teutonizmi. Prvi se dio rada sastoji od uvoda koji objašnjava strukturu rada. Zatim drugo poglavlje nudi objašnjenje nekih važnih pojmova koji su povezani s austijacizmima, helvetizmima i teutonizmima. Zatim slijedi objašnjenje i definicija austrijacizama, helvetizma i teutonizma. Drugi se dio rada sastoji od analize novinskih članaka iz područja politike. Cilj ove analize je vidjeti pojavljuju li se i koliko često austrijacizmi, helvetizmi i teutonizmi u novinskim člancima i sukladno tome interpretirati rezultate analize.

Ključne riječi

austrijanizam, helvetizam, teutonizam, standardni jezik, jezična raznolikost